Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

245

Nr. 14	München, den 31. Juli	1985
Datum	Inhalt	Seite
9. 7. 1985	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das berufliche Schulwesen 2236-1-1-K	245
23. 7. 1985	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtags 1100-4-I	246
23. 7. 1985	Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes 111-1-I	269
23. 7. 1985	Gesetz zur Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes 2010-1-I	269
23. 7. 1985	Zweites Gesetz über die Änderung der Zugehörigkeit von Gemeinden zu Verwaltungsgemeinschaften 2020-5-9-I	270
1. 7. 1985	Schulordnung für die Fachschulen für Heilerziehungspflege und für Heilerziehungspflegehilfe (Schulordnung FS Heilerziehungspflege - FSO HeilE) 2236-6-1-4-K	271
4. 7. 1985	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung von Fortbildungsprüfungen für Sozialversicherungsfachangestellte in der Arbeiterrentenversicherung..... 800-21-85-A	288
10. 7. 1985	Dritte Verordnung zur Änderung der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Justizdienst..... 2038-3-3-8-J	289

2236-1-1-K

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das berufliche Schulwesen

Vom 9. Juli 1985

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Das Gesetz über das berufliche Schulwesen - GbSch - (BayRS 2236-1-1-K), geändert durch Gesetz vom 21. Juli 1983 (GVBl S. 508), wird wie folgt geändert:

Art. 20 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) ¹Aus wichtigen Gründen kann der Besuch einer anderen als der zuständigen Sprengelschule genehmigt oder angeordnet werden (Gastschulverhältnis). ²Für die Genehmigung eines Gastschulverhältnisses ist die abgebende Berufsschule zu-

ständig, wenn mit der aufnehmenden Berufsschule und den zuständigen Schulaufwandsträgern über die Begründung des Gastschulverhältnisses Einvernehmen besteht. ³In den übrigen Fällen entscheidet die für die abgebende Schule zuständige Schulaufsichtsbehörde.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1985 in Kraft.

München, den 9. Juli 1985

Der Bayerische Ministerpräsident
Franz Josef Strauß

1100-4-I

**Gesetz
zur Änderung des Gesetzes
über die Untersuchungsausschüsse
des Bayerischen Landtags**

Vom 23. Juli 1985

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Das Gesetz über die Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtags (BayRS 1100-4-I) wird wie folgt geändert:

1. Dem Art. 14 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) ¹Der Untersuchungsausschuß kann Betroffene, Zeugen und Sachverständige zur Geheimhaltung verpflichten. ²Diese sind über die Geheimhaltungspflicht und über die Strafbarkeit eines Verstoßes hiergegen zu belehren.“

2. Dem Art. 17 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Soweit es sich um Verschlusssachen handelt, d. h. um Angelegenheiten, die im staatlichen Interesse durch besondere Sicherheitsmaßnahmen vor Unbefugten geheimgehalten werden müssen, gilt die Geheimschutzordnung des Bayerischen Landtags.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1985 in Kraft.

München, den 23. Juli 1985

Der Bayerische Ministerpräsident

Franz Josef Strauß

111-1-I

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes

Vom 23. Juli 1985

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Das Gesetz über Landtagswahl, Volksbegehren und Volksentscheid - Landeswahlgesetz - LWG - (BayRS 111-1-I) wird wie folgt geändert:

1. In Art. 6 Abs. 1 wird nach dem Wort „Stimmbezirk“ der Klammerzusatz gestrichen.
2. Art. 14 Abs. 5 erhält folgende Fassung:
„(5) Jeder Stimmkreis wird für die Stimmabgabe in Stimmbezirke eingeteilt.“
3. Art. 18 und 19 werden aufgehoben.
4. Art. 22 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:
„(1) Zur Feststellung des Briefwahlergebnisses (Art. 27) wird für jede Gemeinde mindestens ein Briefwahlvorstand gebildet; die Kreisverwaltungsbehörde kann anordnen, daß für mehrere Gemeinden ein gemeinsamer Briefwahlvorstand zu bilden ist, und eine dieser Gemeinden mit der Durchführung der Briefwahl betrauen.“
 - b) in Absatz 2 Satz 1 werden die Worte „Die Kreisverwaltungsbehörde (Art. 14 Abs. 5 Satz 2)“ ersetzt durch die Worte „Die Gemeinde, bei mehreren Gemeinden die mit der Durchführung der Briefwahl betraute Gemeinde,“.
5. Art. 23 Abs. 3 Satz 3 erhält folgende Fassung:
„Ob ein wichtiger Grund vorliegt, entscheidet hinsichtlich der Mitglieder der Wahlvorstände und Briefwahlvorstände der Gemeinderat, im übrigen der betroffene Wahlausschuß.“
6. Art. 25 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:
„(1) Während der Abstimmungszeit ist in dem Gebäude, in dem sich der Abstimmungsraum befindet, auf einem dem Gebäude zugeordneten befriedeten Grundstück und im Umkreis von 50 m um die Zugänge zu diesem Bereich jede Beeinflussung der Abstimmun-

den durch Wort, Ton, Schrift, Bild oder auf andere Weise, insbesondere durch Umfragen oder Unterschriftssammlungen, sowie jede Behinderung oder erhebliche Belästigung der Abstimmenden verboten.“,

- b) es wird folgender Absatz 3 angefügt:
„(3) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer entgegen Absatz 1 Abstimmende beeinflusst, behindert oder belästigt.“
7. In Art. 27 Abs. 1 werden die Worte „der Kreisverwaltungsbehörde (Art. 14 Abs. 5 Satz 2)“ ersetzt durch die Worte „der Gemeinde, die den Wahlschein ausgestellt hat,“.
8. Art. 48 Abs. 2 erhält folgende Fassung:
„(2) Wird auf dem Stimmzettel für die Wahl eines Wahlkreisbewerbers ohne Kennzeichnung eines besonderen Bewerbers nur eine bestimmte Partei oder Wählergruppe angekreuzt oder werden innerhalb einer Wahlkreisliste mehrere Bewerber angekreuzt, so ist die Stimme der Wahlkreisliste der betreffenden Partei oder Wählergruppe zuzurechnen.“
9. Art. 49 Abs. 1 Nr. 4 erhält folgende Fassung:
„4. wie viele gültige Stimmen für jede Wahlkreisliste nach Art. 48 Abs. 2,“.
10. Art. 51 Abs. 1 Nr. 4 erhält folgende Fassung:
„4. wie viele gültige Stimmen für jede Wahlkreisliste nach Art. 48 Abs. 2,“.
11. Die Anlage erhält die nachstehende Fassung.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1985 in Kraft.

München, den 23. Juli 1985

Der Bayerische Ministerpräsident
Franz Josef Strauß

Anlage

(zu Art. 14 Abs. 4)

Stimmkreiseinteilung für die Wahl zum Bayerischen Landtag

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
<u>Wahlkreis Oberbayern</u>	
101 München-Altstadt	Stadtbezirke 1, 9 bis 11, 16, 19
102 München-Schwabing	Stadtbezirke 5, 12 bis 14, 22
103 München-Nymphenburg	Stadtbezirke 6, 7, 21, 23
104 München-Bogenhausen	Stadtbezirke 29, 31
105 München-Giesing	Stadtbezirke 17, 18
106 München-Laim	Stadtbezirke 20, 25, 41
107 München-Fürstenried	Stadtbezirke 24, 34, 36
108 München-Milbertshofen	Stadtbezirke 26, 27
109 München-Moosach	Stadtbezirke 28, 33
110 München-Ramersdorf	Stadtbezirke 30, 32
111 München-Pasing	Stadtbezirke 35, 37 bis 40
112 Altötting	Landkreis Altötting
113 Berchtesgadener Land	Landkreis Berchtesgadener Land, vom Landkreis Traunstein die Gemeinden Fridolfing, Kirchanschöring, Tittmoning, St. (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 132)
114 Dachau	Landkreis Dachau
115 Ebersberg	Landkreis Ebersberg
116 Eichstätt	Landkreis Eichstätt
117 Erding	Landkreis Erding
118 Freising	Landkreis Freising
119 Fürstenfeldbruck-Ost	vom Landkreis Fürstenfeld- bruck die Gemeinden Alling, Egenhofen, Eichenau, Emmering, Germering, Gröbenzell, Maisach, Olching, Puchheim (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 122)

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
120 Garmisch-Partenkirchen	Landkreis Garmisch-Partenkirchen, vom Landkreis Bad Tölz-Wolf- ratshausen die Gemeinden Bad Heilbrunn, Bad Tölz, St., Benediktbeuern, Bichl, Gaißach, Greiling, Jachenau, Kochel a. See, Lenggries, Reichersbeuern, Sachsenkam, Schlehdorf, Wackersberg (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 123)
121 Ingolstadt	Kreisfreie Stadt Ingolstadt
122 Landsberg a. Lech, Fürstenfeldbruck-West	Landkreis Landsberg a. Lech, vom Landkreis Fürstenfeld- bruck die Gemeinden Adelshofen, Althegnenberg, Fürstenfeldbruck, St., Grafrath, Hattenhofen, Jesenwang, Kottgeisering, Landsberied, Mammendorf, Mittelstetten, Moorenweis, Oberschweinbach, Schöngeising, Türkenfeld (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 119)
123 Miesbach	Landkreis Miesbach, vom Landkreis Bad Tölz-Wolf- ratshausen die Gemeinden Dietramszell, Egling, Eurasburg, Geretsried, St., Icking, Königsdorf, Münsing, Wolftratshausen, St. (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 120)

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
124 Mühldorf a. Inn	Landkreis Mühldorf a. Inn
125 München-Land-Nord	vom Landkreis München die Gemeinden Aschheim, Feldkirchen, Garching b. München, Grasbrunn, Haar, Hohenbrunn, Ismaning, Kirchheim b. München, Oberschleißheim, Ottobrunn, Putzbrunn, Unterföhring, Unterschleißheim (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 126)
126 München-Land-Süd	vom Landkreis München die Gemeinden Aying, Baierbrunn, Brunnthal, Gräfelfing, Grünwald, Höhenkirchen-Siegerts- brunn, Neubiberg, Neuried, Oberhaching, Planegg, Pullach i. Isartal, Sauerlach, Schäftlarn, Straßlach, Taufkirchen, Unterhaching, (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 125)
127 Neuburg-Schrobenhausen	Landkreis Neuburg-Schroben- hausen
128 Pfaffenhofen a. d. Ilm	Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm
129 Rosenheim-Ost	Kreisfreie Stadt Rosenheim, vom Landkreis Rosenheim die Gemeinden Amerang, Aschau i. Chiemgau, Babensham, Bernau a. Chiemsee, Breitbrunn a. Chiemsee, Chiemsee, Eggstätt, Eiselfing, Endorf i. OB, M., Frasdorf, Gstadt a. Chiemsee, Halfing, Höslwang,

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
130 Rosenheim-West	<p>Neubeuern, M., Nußdorf a. Inn, Prien a. Chiemsee, M., Prutting, Riedering, Rimsting, Rohrdorf, Samerberg, Schonstett, Söchtenau, Soyen, Stephanskirchen, Vogtareuth (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 130)</p> <p>vom Landkreis Rosenheim die Gemeinden Bad Aibling, St., Bad Feilnbach, Brannenburg, Bruckmühl, M., Edling, Feldkirchen-Westerham, Flintsbach a. Inn, Griesstätt, Großkarolinenfeld, Kiefersfelden, Kolbermoor, St., Oberaudorf, Pfaffing, Ramerberg, Raubling, Rott a. Inn, Schechen, Tuntenhausen, Wasserburg a. Inn, St. (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 129)</p>
131 Starnberg	Landkreis Starnberg
132 Traunstein	<p>vom Landkreis Traunstein die Gemeinden Altenmarkt a. d. Alz, Bergen, Chieming, Engelsberg, Grabenstätt, Grassau, M., Inzell, Kienberg, Marquartstein, Nußdorf, Obing, Palling, Petting, Pittenhart, Reit im Winkl, Ruhpolding, Schleching, Schnaitsee,</p>

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
133 Weilheim-Schongau	Seeon-Seebruck, Siegsdorf, Staudach-Egerndach, Surberg, Tacherting, Taching a. See, Traunreut, St., Traunstein, GKSt., Trostberg, St., Übersee, Unterwössen, Vachendorf, Waging a. See, M., Wonneberg (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 113)
<u>Wahlkreis Niederbayern</u>	Landkreis Weilheim-Schongau
201 Deggendorf	Landkreis Deggendorf
202 Dingolfing	Landkreis Dingolfing-Landau, vom Landkreis Landshut die Gemeinden Aham, Altfraunhofen, Baierbach, Bodenkirchen, Geisenhausen, M., Gerzen, Kröning, Neufraunhofen, Schalkham, Velden, M., Vilsbiburg, St., Vilsheim, Wurmsham (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 205)
203 Freyung-Grafenau	Landkreis Freyung-Grafenau
204 Kelheim	Landkreis Kelheim
205 Landshut	Kreisfreie Stadt Landshut, vom Landkreis Landshut die Gemeinden Adlkofen, Altdorf, Bayerbach b. Ergoldsbach, Bruckberg, Buch a. Erlbach, Eching, Ergolding, M., Ergoldsbach M., Essenbach, Furth, Hohenthann, Kumhausen,

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
206 Passau-Ost	Neufahrn i. NB, Niederaichbach, Obersüßbach, Pfeffenhausen, M., Postau, Rottenburg a. d. Laaber, St., Tiefenbach, Weihmichl, Weng, Wörth a. d. Isar (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 202)
207 Passau-West	Kreisfreie Stadt Passau, vom Landkreis Passau die Gemeinden Breitenberg, Büchlberg, Fürstenstein, Hauzenberg, St., Hutthurm, M., Neukirchen vorm Wald, Oberzell, M., Ruderting, Salzweg, Sonnen, Thyrnau, Tiefenbach, Tittling, M., Untergriesbach, M., Wegscheid, M., Witzmannsberg (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 207)
	vom Landkreis Passau die Gemeinden Aicha vorm Wald, Aidenbach, M., Aldersbach, Bad Füssing, Beutelsbach, Eging a. See, M., Fürstenzell, M., Griesbach i. Rottal, St., Haarbach, Hofkirchen, M., Kirchham, Köblarn, M., Malching, Neuburg a. Inn, Neuhaus a. Inn, Ortenburg, M., Pocking, St., Rotthalmünster, M., Ruhstorf a. d. Rott, Tettenweis, Vilshofen, St., Windorf, M. (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 206)

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
208 Regen	Landkreis Regen
209 Rottal-Inn	Landkreis Rottal-Inn
210 Straubing	Kreisfreie Stadt Straubing, Landkreis Straubing-Bogen
<u>Wahlkreis Oberpfalz</u>	
301 Amberg-Sulzbach-Nord	vom Landkreis Amberg-Sulzbach die Gemeinden Auerbach i. d. OPf., St., Birgland, Edelsfeld, Etzelwang, Freihung, M., Freudenberg, Gebenbach, Hahnbach, M., Hirschau, St., Hirschbach, Illschwang, Königstein, M., Neukirchen b. Sulzbach-Rosenberg, Schnaittenbach, St., Sulzbach-Rosenberg, St., Vilseck, St., Weigendorf (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 302)
302 Amberg-Sulzbach-Süd	Kreisfreie Stadt Amberg, vom Landkreis Amberg-Sulzbach die Gemeinden Ammerthal, Ebermannsdorf, Ensdorf, Hohenburg, M., Kastl, M., Kümmersbruck, Poppenricht, Rieden, M., Schmidmühlen, M., Ursensollen (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 301)
303 Cham	Landkreis Cham
304 Nabburg	vom Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab die Gemeinden Eslarn, M., Georgenberg, Leuchtenberg, M., Moosbach, M.,

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
	Pleystein, St., Tännesberg, M., Vohenstrauß, St., Waidhaus, M., Waldthurn, M. (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 310), vom Landkreis Schwandorf die Gemeinden Altendorf, Fensterbach, Gleiritsch, Guteneck, Nabburg, St., Niedermurach, Oberviechtach, St., Pfreimd, St., Schmidgaden, Schönsee, St., Schwarzach b. Nabburg, Schwarzenfeld, M., Stadlern, Stulln, Teunz, Trausnitz, Weiding, Wernberg-Köblitz, M., Winklarn, M. (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 308)
305 Neumarkt i. d. OPf.	Landkreis Neumarkt i. d. OPf., vom Landkreis Regensburg die Gemeinden Beratzhausen, M., Duggendorf, Hemau, St., Holzheim a. Forst, Kallmünz, M. (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 307)
306 Regensburg-Stadt	Kreisfreie Stadt Regensburg
307 Regensburg-Land	vom Landkreis Regensburg die Gemeinden Alteglofsheim, Altenthann, Aufhausen, Bach a. d. Donau, Barbing, Bernhardswald, Brennberg, Brunn, Deuerling, Donaustauf, M., Hagelstadt, Köfering, Laaber, M., Lappersdorf,

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
	Mintraching, Mötzing, Neutraubling, Nittendorf, Obertraubling, Pentling, Pettendorf, Pfakofen, Pfatter, Pielenhofen, Regenstauf, M., Riekofen, Schierling, M., Sinzing, Sünching, Tegernheim, Thalmassing, Wenzenbach, Wiesent, Wörth a. d. Donau, St., Wolfsegg, Zeitlarn (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 305)
308 Schwandorf	vom Landkreis Schwandorf die Gemeinden Bodenwöhr, Bruck i. d. OPf., M., Burglengenfeld, St., Dieterskirchen, Maxhütte-Haidhof, St., Neukirchen-Balbini, M., Neunburg vorm Wald, St., Nittenau, St., Schwandorf, GKSt., Schwarzhofen, M., Steinberg, Teublitz, St., Thanstein, Wackersdorf (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 304)
309 Tirschenreuth	Landkreis Tirschenreuth
310 Weiden i. d. OPf.	Kreisfreie Stadt Weiden i. d. OPf., vom Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab die Gemeinden Altstadt a. d. Waldnaab, Eschenbach i. d. OPf., St., Etzenricht, Floß, M., Flossenbürg, Grafenwöhr, St., Irchenrieth, Kirchendemenreuth, Kirchenthumbach, M., Kohlberg, M.,

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
	Luhe-Wildenau, M., Mantel, M., Neustadt a.d.Waldnaab, St., Neustadt a. Kulm, St., Parkstein, M., Pirk, Pressath, St., Püchersreuth, Schirmitz, Schlammersdorf, Schwarzenbach, Speinshart, Störnstein, Theisseil, Trabititz, Vorbach, Weiherhammer, Windischeschenbach, St. (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 304)
<u>Wahlkreis Oberfranken</u>	
401 Bamberg-Stadt	Kreisfreie Stadt Bamberg
402 Bamberg-Land	Landkreis Bamberg
403 Bayreuth	Kreisfreie Stadt Bayreuth, vom Landkreis Bayreuth die Gemeinden Ahorntal, Betzenstein, St., Creußen, St., Eckersdorf, Emtmannsberg, Gesees, Haag, Hummeltal, Kirchenpingarten, Mistelbach, Pegnitz, St., Plech, M., Pottenstein, St., Prebitz, Schnabelwaid, M., Seybothenreuth, Speichersdorf, Weidenberg, M. (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 409)
404 Coburg	Kreisfreie Stadt Coburg, vom Landkreis Coburg die Gemeinden Ahorn, Dörfles-Esbach, Lautertal, Meeder, Neustadt b. Coburg, GKSt.,

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
405 Forchheim 406 Hof-Ost	<p>Rodach b. Coburg, St., Rödental, Weitramsdorf (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 410)</p> <p>Landkreis Forchheim</p> <p>Kreisfreie Stadt Hof, vom Landkreis Hof die Gemeinden Döhlau, Feilitzsch, Gattendorf, Köditz, Konradsreuth, Oberkotzau, M., Regnitzlosau, Rehau, St., Töpen, Trogen (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 407)</p>
407 Hof-West	<p>vom Landkreis Hof die Gemeinden Bad Steben, M., Berg, Geroldsgrün, Helmbrechts, St., Issigau, Leupoldsgrün, Lichtenberg, St., Münchberg, St., Naila, St., Schauenstein, St., Schwarzenbach a. d. Saa- le, St., Schwarzenbach a. Wald, St., Selbitz, St., Sparneck, M., Stambach, M., Weißdorf, Zell, M. (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 406)</p>
408 Kronach	Landkreis Kronach
409 Kulmbach	<p>Landkreis Kulmbach, vom Landkreis Bayreuth die Gemeinden Aufseß, Bad Berneck i. Fichtel- gebirge, St., Bindlach, Bischofsgrün, Fichtelberg, Gefrees, St., Glashütten, Goldkronach, St., Heinersreuth,</p>

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
410 Lichtenfels	<p>Hollfeld, St., Mehlmeisel, Mistelgau, Plankenfels, Waischenfeld, St., Warmensteinach (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 403)</p> <p>Landkreis Lichtenfels, vom Landkreis Coburg die Gemeinden Ebersdorf b. Coburg, Großheirath, Grub a. Forst, Itzgrund, Niederfüllbach, Seßlach, St., Sonnefeld, Untersiema, Weidhausen b. Coburg (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 404)</p>
411 Wunsiedel i. Fichtelgebirge	Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge
<u>Wahlkreis Mittelfranken</u>	
501 Nürnberg-Nord	Stadtbezirke 04, 07, 20 bis 26, 64, 65, 70 bis 87
502 Nürnberg-Ost	<p>Stadtbezirke 01 bis 03, 05, 06, 08, 09, 27 bis 29, 35, 38, 90 bis 97, vom Landkreis Nürnberger Land die Gemeinde Feucht, M. (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 512)</p>
503 Nürnberg-Süd	Stadtbezirke 10, 30 bis 34, 36, 37, 40 bis 49,
504 Nürnberg-West	<p>Kreisfreie Stadt Schwabach Stadtbezirke 11 bis 19, 50 bis 55, 60 bis 63</p>
505 Ansbach-Nord	<p>Kreisfreie Stadt Ansbach, vom Landkreis Ansbach die Gemeinden Adelshofen, Bruckberg, Colmberg, M., Diethofen, M., Flachslanzen, M., Gebaattel, Geslau, Heilsbrunn, St., Insingen,</p>

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
506 Ansbach-Süd	Lehrberg, M., Leutershausen, St., Lichtenau, M., Neuendettelsau, Neusitz, Oberdachstetten, Ohrenbach, Petersaurach, Rothenburg ob der Tauber, GKSt., Rügland, Sachsen b. Ansbach, Steinsfeld, Weihezell, Windelsbach, Windsbach, St. (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 506)
507 Erlangen-Stadt	vom Landkreis Ansbach die Gemeinden Arberg, M., Aurach, Bechhofen, M., Buch a. Wald, Burgoberbach, Burk, Dentlein a. Forst, M., Diebach, Dinkelsbühl, St., Dombühl, M., Dürrwangen, M., Echingen, Feuchtwangen, St., Gerolfingen, Herrieden, St., Langfurth, Merkendorf, St., Mitteleschenbach, Mönchsroth, Ornbau, St., Röckingen, Schillingsfürst, St., Schnelldorf, Schopfloch, M., Unterschwaningen, Wassertrüdingen, St., Weidenbach, M., Weiltingen, M., Wettringen, Wieseth, Wilburgstetten, Wittelshofen, Wörnitz, Wolframs-Eschenbach, St. (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 505)
508 Erlangen-Höchstadt	Kreisfreie Stadt Erlangen Landkreis Erlangen-Höchstadt

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
509 Fürth-Stadt	Kreisfreie Stadt Fürth
510 Fürth-Land	Landkreis Fürth
511 Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim	Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim
512 Nürnberger Land	vom Landkreis Nürnberger Land die Gemeinden Alfeld, Altdorf b. Nürnberg, St., Burgthann, Engelthal, Happurg, Hartenstein, Henfenfeld, Hersbruck, St., Kirchensittenbach, Lauf a. d. Pegnitz, St., Leinburg, Neuhaus a. d. Pegnitz, M., Neunkirchen a. Sand, Offenhausen, Ottensos, Pommelsbrunn, Reichenschwand, Röthenbach a. d. Pegnitz, St., Rückersdorf, Schnaittach, M., Schwaig b. Nürnberg, Schwarzenbruck, Simmelsdorf, Velden, St., Vorra, Winkelhaid (übrige Gemeinde siehe Stkrs. 502)
513 Roth	Landkreis Roth
514 Weißenburg-Gunzenhausen	Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen
<u>Wahlkreis Unterfranken</u>	
601 Aschaffenburg-Ost	vom Landkreis Aschaffenburg die Gemeinden Alzenau i. UFr., St., Bessenbach, Blankenbach, Dambach, Geiselbach, Heigenbrücken, Heimbuchenthal, Heinrichsthal, Hösbach, Kahl a. Main, Karlstein a. Main, Kleinkahl, Krombach,

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
602 Aschaffenburg-West	<p>Laufach, Mespelbrunn, Mömbris, M., Rothenbuch, Sailauf, Schöllkrippen, M., Sommerkahl, Waldaschaff, Weibersbrunn, Westerngrund, Wiesen (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 602)</p> <p>Kreisfreie Stadt Aschaffenburg, vom Landkreis Aschaffenburg die Gemeinden Glattbach, Goldbach, Großostheim, M., Haibach, Johannesberg, Kleinostheim, Mainaschaff, Stockstadt a. Main (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 601)</p>
603 Bad Kissingen	Landkreis Bad Kissingen
604 Haßberge	Landkreis Haßberge
605 Kitzingen	<p>Landkreis Kitzingen, vom Landkreis Würzburg die Gemeinden Aub, St., Bieberehren, Gelchsheim, M., Ochsenfurt, St., Riedenheim, Röttingen, St., Sonderhofen, Tauberrettersheim (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 612)</p>
606 Main-Spessart	Landkreis Main-Spessart
607 Miltenberg	Landkreis Miltenberg
608 Rhön-Grabfeld	Landkreis Rhön-Grabfeld
609 Schweinfurt-Nord	<p>Kreisfreie Stadt Schweinfurt, vom Landkreis Schweinfurt die Gemeinden Dittelbrunn, Grafenrheinfeld, Poppenhausen, Schonungen, Stadtlauringen, M., Üchtelhausen (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 610)</p>

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
610 Schweinfurt-Süd	vom Landkreis Schweinfurt die Gemeinden Bergheinfeld, Dingolshausen, Donnersdorf, Euerbach, Frankenwinheim, Geldersheim, Gerolzhofen, St., Gochsheim, Grettstadt, Kolitzheim, Lülsfeld, Michelau i. Steigerwald, Niederwerrn, Oberschwarzach, M., Röthlein, Schwanfeld, Schwebheim, Sennfeld, Sulzheim, Waigolshausen, Wasserlosen, Werneck, M., Wipfeld (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 609)
611 Würzburg-Stadt	Kreisfreie Stadt Würzburg
612 Würzburg-Land	vom Landkreis Würzburg die Gemeinden Altertheim, Bergtheim, Bütthard, M., Eibelstadt, St., Eisenheim, M., Eisingen, Erlabrunn, Estenfeld, Frickenhäuser a. Main, M., Gaukönigshofen, Gerbrunn, Geroldshausen, Giebelstadt, M., Greußenheim, Güntersleben, Hausen b. Würzburg, Helmstadt, M., Hettstadt, Höchberg, Holzkirchen, Kirchheim, Kist, Kleinrinderfeld, Kürnach, Leinach, Margetshöchheim, Neubrunn, M., Oberpleichfeld, Prosselsheim, Randersacker, M.,

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
	Reichenberg, M., Remlingen, M., Rimpfing, M., Rottendorf, Sommerhausen, M., Theilheim, Thüngersheim, Uettingen, Unterpleichfeld, Veitshöchheim, Waldbrunn, Waldbüttelbrunn, Winterhausen, M., Zell a. Main, M. (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 605)
<u>Wahlkreis Schwaben</u>	
701 Augsburg-Stadt-Ost	Stadtbezirke 1, 2, 4, 7 bis 12, 24 bis 31, 33 bis 36
702 Augsburg-Stadt-West	Stadtbezirke 3, 5, 6, 13 bis 23, 32, 37, 38, 40 bis 42
703 Aichach-Friedberg	Landkreis Aichach-Friedberg
704 Augsburg-Land-Nord	vom Landkreis Augsburg die Gemeinden Adelsried, Allmannshofen, Altenmünster, Aystetten, Biberbach, M., Bonstetten, Dinkelscherben, M., Ehingen, Ellgau, Emersacker, Gablingen, Gersthofen, St., Heretsried, Horgau, Kühlenthal, Langweid a. Lech, Meitingen, Neusäß, Nordendorf, Thierhaupten, M., Welden, M., Westendorf, Zusmarshausen, M. (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 705)
705 Augsburg-Land-Süd	vom Landkreis Augsburg die Gemeinden Bobingen, St., Diedorf, Fischach, M.,

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
	Gessertshausen, Graben, Großaitingen, Hiltensingen, Kleinaitingen, Klosterlechfeld, Königsbrunn, St., Kutzenhausen, Langenneufnach, Langerringen, Mickhausen, Mittelneufnach, Oberottmarshausen, Scherstetten, Schwabmünchen, St., Stadtbergen, M., Untermeitingen, Ustersbach, Walkertshofen, Wehringen (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 704)
706 Dillingen a. d. Donau	Landkreis Dillingen a. d. Donau
707 Donau-Ries	Landkreis Donau-Ries
708 Günzburg	Landkreis Günzburg
709 Kaufbeuren	Kreisfreie Stadt Kaufbeuren, vom Landkreis Ostallgäu die Gemeinden Buchloe, St., Germaringen, Irsee, M., Jengen, Kaltental, M., Lamerdingen, Mauerstetten, Oberostendorf, Osterzell, Pforzen, Rieden, Stöttwang, Waal, M., Westendorf (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 712), vom Landkreis Unterallgäu die Gemeinden Amberg, Apfeltrach, Bad Wörishofen, St., Dirlewang, M., Eppishausen, Ettringen, Kirchheim i. Schw., M., Markt Wald, M., Mindelheim, St., Rammingen, Stetten, Türkheim, M.,

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
710 Kempten (Allgäu)	<p>Tussenhausen, M., Unteregg, Wiedergeltingen (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 713)</p> <p>Kreisfreie Stadt Kempten (Allgäu), vom Landkreis Oberallgäu die Gemeinden Altusried, M., Betzigau, Buchenberg, M., Dietmannsried, M., Durach, Haldenwang, Lauben, Oy-Mittelberg, Sulzberg, M., Wertach, M., Wiggensbach, M., Wildpoldsried (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 711, 715)</p>
711 Lindau (Bodensee)	<p>Landkreis Lindau (Bodensee), vom Landkreis Oberallgäu die Gemeinde Oberstaufen, M. (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 710, 715)</p>
712 Marktoberdorf	<p>vom Landkreis Ostallgäu die Gemeinden Aitrang, Baisweil, Bidingen, Biessenhofen, Eggenthal, Eisenberg, Friesenried, Füssen, St., Görisried, Günzach, Halblech, Hopferau, Kraftsried, Lechbruck, Lengenwang, Marktoberdorf, St., Nesselwang, M., Obergünzburg, M., Pfronten, Rieden am Forggensee, Ronsberg, M., Roßhaupten, Ruderatshofen, Rückholz, Schwangau, Seeg,</p>

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
713 Memmingen	<p>Stötten a. Auerberg, Unterthingau, M., Untrasried, Wald (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 709)</p> <p>Kreisfreie Stadt Memmingen, vom Landkreis Neu-Ulm die Gemeinden Altenstadt, M., Buch, M., Kellmünz a. d. Iller, M., Oberroth, Osterberg, Unterroth (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 714),</p> <p>vom Landkreis Unterallgäu die Gemeinden Babenhausen, M., Benningen, Böhen, Boos, Breitenbrunn, Buxheim, Egg a. d. Günz, Erkheim, M., Fellheim, Grönenbach, M., Hawangen, Heimertingen, Holzgünz, Kammlach, Kettshausen, Kirchhaslach, Kronburg, Lachen, Lauben, Lautrach, Legau, M., Markt Rettenbach, M., Memmingerberg, Niederrieden, Oberrieden, Oberschönegg, Ottobeuren, M., Pfaffenhausen, M., Pleiß, Salgen, Sontheim, Trunkelsberg, Ungerhausen, Westerheim, Winterrieden, Wolfertschwenden, Woringen (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 709)</p>

*)Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

Stimmkreis Nr. Name	Gebiet des Stimmkreises*)
<p>714 Neu-Ulm</p>	<p>vom Landkreis Neu-Ulm die Gemeinden Bellenberg, Elchingen, Holzheim, Illertissen, St., Nersingen, Neu-Ulm, GKSt., Pfaffenhofen a. d. Roth, M., Roggenburg, Senden, St., Vöhringen, St., Weißenhorn, St. (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 713)</p>
<p>715 Sonthofen</p>	<p>vom Landkreis Oberallgäu die Gemeinden Balderschwang, Blaichach, Bolsterlang, Burgberg i. Allgäu, Fischen i. Allgäu, Hindelang, M., Immenstadt i. Allgäu, St., Missen-Wilhams, Obermaiselstein, Oberstdorf, M., Ofterschwang, Rettenberg, Sonthofen, St., Waltenhofen, Weitnau, M. (übrige Gemeinden siehe Stkrs. 710, 711)</p>

*) Gemeinden nach dem Stand vom 1. Juli 1985

2010-1-I

**Gesetz
zur Änderung des
Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes**

Vom 23. Juli 1985

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Das Bayerische Verwaltungsverfahrensgesetz – BayVwVfg – (BayRS 2010-1-I) wird wie folgt geändert:

Nach Art. 3 wird folgender Art. 3a eingefügt:

„Art. 3a

Selbsteintritt

(1) Kommt eine staatliche Behörde einer schriftlichen Weisung der Aufsichtsbehörde nicht fristgerecht nach, so kann der Leiter der Aufsichtsbehörde an Stelle der angewiesenen Behörde handeln (Selbsteintritt).

(2) Der Selbsteintritt gegenüber einem Landratsamt als Staatsbehörde ist nur zulässig, wenn der fachlich zuständige Minister ein sofortiges Handeln aus wichtigen Gründen des öffentlichen Wohls, insbesondere in Fällen von überörtlicher oder landesweiter Bedeutung, im Einzelfall für erforderlich hält und dies gegenüber der Aufsichtsbehörde erklärt.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1985 in Kraft.

München, den 23. Juli 1985

Der Bayerische Ministerpräsident

Franz Josef Strauß

2020-5-9-I

Zweites Gesetz über die Änderung der Zugehörigkeit von Gemeinden zu Verwaltungsgemeinschaften

Vom 23. Juli 1985

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

Art. 1

Neugliederungen im Landkreis Rosenheim,
Regierungsbezirk Oberbayern

(1) Aus der Verwaltungsgemeinschaft Breitbrunn a. Chiemsee wird die Gemeinde Eggstätt entlassen.

(2) Die Verwaltungsgemeinschaft Prutting wird aufgelöst.

(3) Aus der Verwaltungsgemeinschaft Rott a. Inn wird die Gemeinde Griesstätt entlassen.

Art. 2

Neugliederungen im Landkreis Traunstein,
Regierungsbezirk Oberbayern

(1) Die Verwaltungsgemeinschaft Chieming wird aufgelöst.

(2) Die Verwaltungsgemeinschaft Tacherting wird aufgelöst.

(3) Aus der Verwaltungsgemeinschaft Waging a. See wird die Gemeinde Petting entlassen.

Art. 3

Neugliederungen im Landkreis Deggendorf,
Regierungsbezirk Niederbayern

(1) Aus der Verwaltungsgemeinschaft Hengersberg wird die Gemeinde Niederalteich entlassen.

(2) Aus der Verwaltungsgemeinschaft Moos wird die Gemeinde Aholming entlassen.

Art. 4

Neugliederungen im Landkreis Rottal-Inn,
Regierungsbezirk Niederbayern

Aus der Verwaltungsgemeinschaft Massing wird die Gemeinde Unterdietfurt entlassen.

Art. 5

Neugliederungen im Landkreis Straubing-Bogen,
Regierungsbezirk Niederbayern

Es wird eine Verwaltungsgemeinschaft Straßkirchen mit Sitz in Straßkirchen gebildet, der folgende Gemeinden angehören:

1. Irlbach,
2. Straßkirchen.

Art. 6

Neugliederungen im Landkreis Amberg-Sulzbach,
Regierungsbezirk Oberpfalz

Die Verwaltungsgemeinschaft Ensdorf wird aufgelöst.

Art. 7

Neugliederungen im Landkreis Cham,
Regierungsbezirk Oberpfalz

Aus der Verwaltungsgemeinschaft Weiding wird die Gemeinde Arnschwang entlassen.

Art. 8

Neugliederungen im Landkreis Schwandorf,
Regierungsbezirk Oberpfalz

Die Verwaltungsgemeinschaft Schmidgaden wird aufgelöst.

Art. 9

Inkrafttreten, Aufhebung von Vorschriften

- (1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1986 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig treten alle Vorschriften außer Kraft, die diesem Gesetz entgegenstehen oder entsprechen.

München, den 23. Juli 1985

Der Bayerische Ministerpräsident

Franz Josef Strauß

2236-6-1-4-K

**Schulordnung
für die Fachschulen für Heilerziehungspflege
und für Heilerziehungspflegehilfe
(Schulordnung FS Heilerziehungspflege
- FSO Heile)**

Vom 1. Juli 1985

Auf Grund von Art. 23 Abs. 2 Satz 1, Art. 24 Abs. 2 Satz 2, Art. 28 Sätze 2 und 3, Art. 29 Abs. 4, Art. 30 Abs. 3, Art. 31 Abs. 4, Art. 32 Abs. 4 Satz 2, Art. 34 Abs. 1 Nr. 6, Art. 37 Abs. 6, Art. 40 Abs. 8, Art. 63 Abs. 9, Art. 66, 93 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 und Art. 97 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

InhaltsübersichtErster Teil**Allgemeines**

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Ausbildungsziele
- § 3 Dauer und Gliederung des Schulbesuchs

Zweiter Teil**Aufnahme**

- § 4 Anmeldung
- § 5 Aufnahmevoraussetzungen
- § 6 Probezeit
- § 7 Eintritt in eine höhere Jahrgangsstufe

Dritter Teil**Inhalte des Unterrichts, Grundsätze des Schulbetriebs**

- § 8 Stundentafeln
- § 9 Klassen und andere Unterrichtsgruppen
- § 10 Fachpraktischer Übungsbereich
- § 11 Stundenpläne
- § 12 Unterrichtszeit
- § 13 Schuljahr und Ferien
- § 14 Teilnahme
- § 15 Verhinderung
- § 16 Befreiung
- § 17 Beurlaubung
- § 18 Höchstausbildungsdauer

Vierter Teil**Leistungsnachweise, Vorrücken und Wiederholen, Zeugnisse**

- § 19 Leistungsnachweise
- § 20 Bewertung

- § 21 Bildung der Jahresfortgangsnote
- § 22 Entscheidung über das Vorrücken
- § 23 Notenausgleich
- § 24 Jahreszeugnisse
- § 25 Bescheinigung über die Dauer des Schulbesuchs

Fünfter Teil**Prüfungen**Abschnitt I**Abschlußprüfung in der Heilerziehungspflege**

- § 26 Prüfungsausschuß
- § 27 Niederschrift
- § 28 Festsetzung der Jahresfortgangsnoten
- § 29 Schriftliche Prüfung
- § 30 Praktische Prüfung
- § 31 Mündliche Prüfung
- § 32 Bewertung der Prüfungsleistungen
- § 33 Festsetzung des Prüfungsergebnisses und der Zeugnisnoten
- § 34 Abschlußzeugnis
- § 35 Verhinderung an der Teilnahme
- § 36 Nachholung der Abschlußprüfung
- § 37 Unterschleif

Abschnitt II**Abschlußprüfung in der Heilerziehungspflegehilfe**

- § 38 Prüfungsverfahren
- § 39 Schriftliche Prüfung
- § 40 Praktische Prüfung
- § 41 Mündliche Prüfung
- § 42 Abschlußzeugnis

Abschnitt III**Fachschulreifeproofung**

- § 43 Teilnahmeberechtigung
- § 44 Schriftliche Prüfung
- § 45 Mündliche Prüfung
- § 46 Festsetzung des Prüfungsergebnisses

Sechster Teil**Lehrerkonferenz, Klassenkonferenz**

- § 47 Aufgaben der Lehrerkonferenz
- § 48 Sitzungen
- § 49 Einberufung
- § 50 Teilnahmepflicht
- § 51 Tagesordnung
- § 52 Beschlußfähigkeit
- § 53 Stimmberechtigung
- § 54 Beschlußfassung
- § 55 Niederschrift
- § 56 Klassenkonferenz

Siebter Teil**Schülermitverantwortung**

- § 57 Allgemeines
- § 58 Klassensprecher und Klassensprecherversammlung
- § 59 Schülersprecher, Schülersausschuß
- § 60 Geschäftsordnung
- § 61 Finanzierung und finanzielle Abwicklung von Veranstaltungen
- § 62 Abschluß von Rechtsgeschäften

Achter Teil**Folgen von Pflichtverletzungen**

- § 63 Ordnungsmaßnahmen
- § 64 Entlassung

Neunter Teil**Schlußvorschriften**

- § 65 Schulaufsicht
- § 66 Haftpflichtversicherung
- § 67 Gleichwertigkeit anderer Ausbildungen
- § 68 Inkrafttreten

Erster Teil**Allgemeines**

(vgl. Art. 1 bis 3 BayEUG)

§ 1**Geltungsbereich**

(1) Diese Schulordnung gilt für die öffentlichen Fachschulen für Heilerziehungspflege und für Heilerziehungspflegehilfe und für die staatlich anerkannten Ersatzschulen mit dem Charakter einer öffentlichen Schule.

(2) Für Ersatzschulen gilt diese Schulordnung im Rahmen der Art. 67, 69 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 4 und Art. 70 BayEUG, für staatlich anerkannte Ersatzschulen gilt sie darüber hinaus im Rahmen des Art. 78 Abs. 2 BayEUG.

§ 2**Ausbildungsziele**

(vgl. Art. 14 BayEUG)

(1) Der Besuch einer Fachschule für Heilerziehungspflege soll die Schüler befähigen, selbständig in Einrichtungen für die Pflege und Betreuung Behindeter, Wohnheimen für Behinderte, Tagesstätten, Werkstätten für Behinderte und anderen Einrichtungen für Behinderte in der pädagogischen Betreuung und Pflege tätig zu werden und dabei die Persönlichkeitsentwicklung, Sozialisation und Rehabilitation der Behinderten zu fördern.

(2) Der Besuch einer Fachschule für Heilerziehungspflegehilfe soll die Schüler befähigen, als Mitarbeiter des Heilerziehungspflegers in dessen Aufgabenbereich und nach dessen Weisungen tätig zu werden.

§ 3**Dauer und Gliederung des Schulbesuchs**

(1) ¹Die Ausbildung zum Heilerziehungspfleger dauert zwei oder drei Jahre. ²Bei der dreijährigen Organisationsform muß der Schüler neben dem Schulbesuch im Bereich der Heilerziehungspflege tätig sein.

(2) ¹Die Ausbildung zum Heilerziehungspflegehelfer dauert ein Jahr. ²Der Schüler muß neben dem Schulbesuch im Bereich der Heilerziehungspflege tätig sein.

Zweiter Teil**Aufnahme**

(vgl. Art. 23 BayEUG)

§ 4**Anmeldung**

¹Dem Antrag auf Aufnahme sind beizufügen

1. ein handgeschriebener Lebenslauf,
2. Nachweise über die geforderte schulische und berufliche Vorbildung in beglaubigter Abschrift oder beglaubigter Fotokopie,
3. ein amtliches Führungszeugnis, das nicht älter als drei Monate sein soll,
4. ein ärztliches Zeugnis über die gesundheitliche Eignung für einen pädagogischen und pflegerischen Beruf, das nicht älter als drei Monate sein soll.

²Die Schule kann die Vorlage der Geburtsurkunde verlangen.

§ 5**Aufnahmevoraussetzungen**

(1) Die Aufnahme in Fachschulen für Heilerziehungspflege und für Heilerziehungspflegehilfe setzt voraus

1. die Vollendung des 18. Lebensjahres,
2. den erfolgreichen Abschluß der Berufsschule oder eine vom Staatsministerium als gleichwertig anerkannte Schulbildung oder einen mittleren Schulabschluß,

3. a) eine abgeschlossene Berufsausbildung von mindestens zweijähriger Dauer; ist der Berufsabschluß nicht in einem Beruf erworben worden, der für die Arbeit in der Heilerziehungspflege förderlich ist, so soll noch eine einjährige berufliche Tätigkeit in einem für die Arbeit in der Heilerziehungspflege förderlichen Aufgabengebiet geleistet werden;

oder

b) eine mindestens dreijährige berufliche Tätigkeit in einem für die Arbeit in der Heilerziehungspflege förderlichen Aufgabengebiet; weist der Bewerber einen mittleren Schulabschluß nach, verkürzt sich diese Tätigkeit auf zwei Jahre.

(2) Für die Arbeit in der Heilerziehungspflege förderlich im Sinn von Absatz 1 ist insbesondere eine Berufsausbildung oder berufliche Tätigkeit auf sozialem, pädagogischem, pflegerischem oder hauswirtschaftlichem Gebiet oder in der Rehabilitation.

(3) Die Aufnahme ist zu versagen, wenn

1. das Vorliegen der allgemeinen Aufnahmevoraussetzungen nicht vollständig nachgewiesen ist,
2. der Bewerber die staatliche Abschlußprüfung an einer Fachschule für Heilerziehungspflege oder Heilerziehungspflegehilfe bereits abgelegt hat, nicht bestanden hat und nicht mehr wiederholen darf,
3. der Bewerber die Probezeit an einer Fachschule für Heilerziehungspflege oder Heilerziehungspflegehilfe bereits zweimal nicht bestanden hat,
4. Tatsachen vorliegen, welche den Bewerber als ungeeignet für die Tätigkeit im Bereich der Heilerziehungspflege oder Heilerziehungspflegehilfe erscheinen lassen.

§ 6

Probezeit

(1) ¹Die endgültige Aufnahme ist abhängig vom Bestehen einer Probezeit. ²Probezeit ist das erste Halbjahr des Schulbesuchs. ³War ein Schüler aus besonderen Gründen während der Probezeit, insbesondere durch nachgewiesene längere Erkrankung, in seiner Leistungsfähigkeit beeinträchtigt, so kann die Probezeit um höchstens drei Monate verlängert werden.

(2) ¹Die Entscheidung über das Bestehen der Probezeit und die endgültige Aufnahme trifft der Schulleiter auf Grund der Ergebnisse der Leistungsnachweise und der gutachtlichen Stellungnahmen der Lehrer und gegebenenfalls der sonstigen Fachkräfte, die den Schüler unterrichtet und/oder im fachpraktischen Übungsbereich betreut und unterwiesen haben. ²Die Probezeit ist für nicht bestanden zu erklären, wenn bei einer Gesamtwürdigung der Leistungen einschließlich der Bewährung im fachpraktischen Übungsbereich mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht damit gerechnet werden kann, daß der Schüler die Fachschule erfolgreich abschließen wird. ³Die für die Entscheidung erheblichen Gründe sind schriftlich festzuhalten und zu den Akten des Schülers zu nehmen.

§ 7

Eintritt in eine höhere Jahrgangsstufe

Wer eine Fachschule für Heilerziehungspflegehilfe erfolgreich abgeschlossen hat, kann in die zweite Jahrgangsstufe einer Fachschule für Heilerziehungspflege, die in der dreijährigen Organisationsform geführt wird, aufgenommen werden, wenn die sonstigen Aufnahmevoraussetzungen gegeben sind.

Dritter Teil

Inhalte des Unterrichts, Grundsätze des Schulbetriebs

(vgl. Art. 24 bis 30, 34 und 35 BayEUG)

§ 8

Studentafeln

(vgl. Art. 24 BayEUG)

(1) Für die Fachschulen für Heilerziehungspflege gilt die als **Anlage 1** beigefügte Studententafel.

(2) Für die Fachschulen für Heilerziehungspflegehilfe gilt die als **Anlage 2** beigefügte Studententafel.

§ 9

Klassen und andere Unterrichtsgruppen

(vgl. Art. 28 und 29 BayEUG)

(1) ¹Die Zahl der Schüler in einer Klasse darf zu Beginn des Unterrichts bei bis zu zwei parallelen Klassen im Durchschnitt nicht weniger als 16, bei drei parallelen Klassen im Durchschnitt nicht weniger als 21 und bei mehr als drei parallelen Klassen im Durchschnitt nicht weniger als 24 betragen. ²Die Zahl der Schüler einer Klasse soll nicht mehr als 32 betragen.

(2) ¹In Wahlpflichtfächern, bei lehrplanmäßig vorgesehenen Übungen sowie bei fachpraktischem Unterricht können Klassen in zwei Gruppen mit mindestens acht Schülern geteilt werden. ²Soweit dies aus organisatorischen Gründen oder zur Sicherung des Unterrichtserfolgs notwendig ist, kann eine dritte Gruppe gebildet werden. ³Im fachpraktischen Übungsbereich außerhalb der Schule werden die Schüler in kleineren Gruppen oder auch einzeln unterwiesen.

(3) ¹Unterricht in Wahlfächern kann eingerichtet werden, wenn zu Beginn des Schuljahres mindestens zwölf Schüler, bei Fortführung im folgenden Schuljahr mindestens acht Schüler daran teilnehmen; soweit der Wahlunterricht auf die Fachschulreifeprüfung vorbereitet, genügt auch im ersten Jahr eine Teilnehmerzahl von acht. ²Schüler verschiedener Klassen sollen beim Wahlunterricht zusammengefaßt werden. ³Bestehen an einem Ort mehrere Schulen, für die ein Wahlunterricht gleicher Art in Betracht kommt, so kann dieser gemeinsam erteilt werden. ⁴Die Schulleiter entscheiden gemeinsam über die Verteilung des Wahlunterrichts auf die einzelnen Schulen und stellen das Einvernehmen mit dem Aufwandsträger her.

(4) ¹Die Schulaufsichtsbehörde kann aus organisatorischen Gründen anordnen oder genehmigen, daß Klassen verschiedener Fachrichtungen in Fächern mit gleichen Lehrplänen gemeinsam unterrichtet werden. ²Von den festgelegten Mindeststärken kann die Schulaufsichtsbehörde aus besonderen Gründen Ausnahmen zulassen.

§ 10

Fachpraktischer Übungsbereich

(1) Im fachpraktischen Übungsbereich können Wahlmöglichkeiten eingeräumt werden, soweit die Schulordnung und die tatsächlichen Gegebenheiten es zulassen.

(2) ¹Die fachpraktischen Übungen und der sonstige Unterricht sind aufeinander abzustimmen. ²Die fachpraktischen Übungen stehen unter der Verantwortung des Schulleiters, welcher Lehrer und andere geeignete Fachkräfte mit der Praxisbetreuung und praktischen Unterweisung beauftragt.

§ 11

Stundenpläne

¹Die Stundenpläne werden vom Schulleiter festgelegt. ²Zu den grundsätzlichen Fragen des Unterrichtsbeginns, der zeitlichen Anordnung des Unterrichts sowie der Zahl und Länge der Pausen soll der Schulleiter die Lehrerkonferenz und den Schülerausschuß hören.

§ 12

Unterrichtszeit

(1) ¹Der Unterricht wird an höchstens sechs Tagen in der Woche und in der Regel an Werktagen erteilt. ²Die fachpraktischen Übungen können zweimal innerhalb von vier Wochen auch am Wochenende durchgeführt werden. ³An gesetzlichen Feiertagen sind fachpraktische Übungen insoweit zulässig, als dem Schüler mindestens die Hälfte aller in den Ausbildungsabschnitt fallenden gesetzlichen Feiertage als Ruhetage verbleiben.

(2) ¹Der Unterricht soll zwischen 7.30 Uhr und 18.00 Uhr erteilt werden. ²Die fachpraktischen Übungen beginnen frühestens um 6.00 Uhr morgens und enden in der Regel spätestens um 22.00 Uhr abends; sie sollen acht Stunden täglich ohne Anrechnung der Pausen nicht überschreiten.

(3) ¹Eine Unterrichtsstunde dauert 45 Minuten, eine Stunde im fachpraktischen Übungsbereich 60 Minuten. ²Ausreichende Pausen sind vorzusehen. ³Dem Nachmittagsunterricht soll eine Pause von mindestens 60 Minuten vorangehen.

§ 13

Schuljahr und Ferien

(vgl. Art. 4 BayEUG)

¹Der Schuljahrsbeginn kann vom Schulträger abweichend von Art. 4 Abs. 1 Satz 1 BayEUG festgelegt werden. ²Zeit und Dauer der Ferien werden durch den Schulleiter festgelegt. ³In jedem Jahr

werden insgesamt mindestens sechs Wochen Ferien gewährt; mindestens einmal im Jahr muß eine zusammenhängende Ferienzeit von wenigstens drei Wochen vorgesehen werden.

§ 14

Teilnahme

(vgl. Art. 35 BayEUG)

(1) ¹Die Schüler sind zur pünktlichen und regelmäßigen Teilnahme am Unterricht einschließlich der fachpraktischen Übungen und an den sonstigen verbindlichen Schulveranstaltungen verpflichtet. ²Die durch die Teilnahme an verbindlichen Schulveranstaltungen entstehenden Auslagen müssen für alle zumutbar sein.

(2) Die Entscheidung über Durchführung und Verbindlichkeit sonstiger Schulveranstaltungen trifft unbeschadet § 47 Nr. 2 der Schulleiter.

(3) ¹Im fachpraktischen Übungsbereich haben die Schüler auch den Anordnungen derjenigen Personen Folge zu leisten, die der Schulleiter mit der Praxisbetreuung und praktischen Unterweisung beauftragt hat. ²Die Schüler unterliegen unbeschadet § 203 Abs. 3 StGB der Schweigepflicht und sind verpflichtet, das Wohl der zu betreuenden Personen und die Grundsätze der Heilerziehungspflege besonders zu beachten. ³Wenn Tatsachen eintreten oder bekanntwerden, die zu einer Entlassung führen können, kann der Schüler bis zur Entscheidung über die Entlassung von der Teilnahme an den fachpraktischen Übungen ganz oder teilweise ausgeschlossen werden, wenn dies erforderlich ist, um erhebliche Gefahren für die zu betreuenden Personen abzuwehren.

§ 15

Verhinderung

(1) ¹Ist ein Schüler aus zwingenden Gründen verhindert, am Unterricht einschließlich der fachpraktischen Übungen oder an einer sonstigen verbindlichen Schulveranstaltung teilzunehmen, so ist die Schule unverzüglich unter Angabe des Grundes schriftlich zu verständigen. ²Der Schulleiter kann die Vorlage geeigneter Nachweise für das Vorliegen eines zwingenden Grundes verlangen.

(2) ¹Als zwingender Grund für die Verhinderung, an den fachpraktischen Übungen teilzunehmen, gilt das Vorliegen der Voraussetzungen, die ein Beschäftigungsverbot nach dem Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz) in der jeweils gültigen Fassung zur Folge haben würden. ²Die Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes über Mitteilungspflichten und ärztliche Zeugnisse gelten entsprechend gegenüber der Schule. ³Eine schwangere Schülerin kann während der Schutzfristen des Mutterschutzgesetzes auf eigenen Wunsch am sonstigen Unterricht und an schriftlichen und mündlichen Prüfungen teilnehmen.

(3) ¹Bei Erkrankung von mehr als drei Unterrichtstagen kann die Schule die Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses verlangen. ²Häufen sich krankheitsbedingte Schulversäumnisse oder bestehen an

der Erkrankung Zweifel, kann die Schule die Vorlage eines ärztlichen oder schulärztlichen Zeugnisses verlangen. ³Wird das Zeugnis nicht vorgelegt, so gilt das Fernbleiben als unentschuldig.

(4) Ein ärztliches oder schulärztliches Zeugnis kann in der Regel nur dann als genügender Nachweis für die geltend gemachte Erkrankung anerkannt werden, wenn es auf Feststellungen beruht, die der Arzt während der Zeit der Erkrankung getroffen hat.

§ 16

Befreiung

(1) ¹Die Befreiung vom Unterricht in Pflichtfächern einschließlich der fachpraktischen Übungen ist nicht zulässig. ²Von der Teilnahme an sonstigen Unterrichtsveranstaltungen kann der Schulleiter in begründeten Ausnahmefällen befreien.

(2) Über die Befreiung von einzelnen Unterrichtsstunden oder Schulveranstaltungen wegen körperlicher Beeinträchtigung entscheidet der Schulleiter, in eiligen Fällen der zuständige Lehrer oder die beauftragte Fachkraft im Sinn von § 10 Abs. 2.

§ 17

Beurlaubung

(1) Schüler können in dringenden Ausnahmefällen auf schriftlichen Antrag beurlaubt werden.

(2) ¹Den Schülern ist ausreichende Gelegenheit zur Erfüllung ihrer religiösen Pflichten zu geben. ²Zur Teilnahme an Einkehrtagen und Rüstzeiten können Schüler bis zu zwei Schultagen im Schuljahr beurlaubt werden, wenn nicht besondere schulische Gründe entgegenstehen.

(3) Für die Entscheidung im Einzelfall ist zuständig

1. bei Beurlaubungen bis zu 15 Unterrichtstagen sowie bei Beurlaubungen wegen Schwangerschaft oder Mutterschaft der Schulleiter,
2. in den sonstigen Fällen die Regierung.

§ 18

Höchstausbildungsdauer

(vgl. Art. 34 BayEUG)

(1) Die Höchstausbildungsdauer einschließlich möglicher Unterbrechungen beträgt ab dem Eintritt in den ersten Ausbildungsabschnitt in der Heilerziehungspflegehilfe zwei Jahre, in der Heilerziehungspflege bei der dreijährigen Organisationsform fünf Jahre und bei der zweijährigen Organisationsform vier Jahre.

(2) Die Höchstausbildungsdauer gilt auch dann als überschritten, wenn feststeht, daß der Abschluß der Schule nicht mehr innerhalb der Höchstausbildungsdauer erreicht werden kann.

Vierter Teil

Leistungsnachweise, Vorrücken und Wiederholen, Zeugnisse

(vgl. Art. 31 und 32 BayEUG)

§ 19

Leistungsnachweise

(1) ¹In allen Pflichtfächern und in den Wahlfächern für die Fachschulreifeprüfung werden in jedem Schuljahr in angemessenem Umfang Leistungsnachweise erhoben. ²Art und Zahl der Leistungsnachweise legt der Schulleiter im Benehmen mit der Klassenkonferenz fest, soweit nichts Näheres bestimmt ist.

(2) ¹In den Fächern Pädagogik mit Heilerziehungslehre, Psychologie und Medizin ist mindestens je ein schriftlicher Leistungsnachweis zu fordern; daneben sind mündliche Leistungsnachweise zulässig. ²In den Fächern Deutsch, Sozialkunde, Berufs- und Rechtskunde und Psychiatrie werden Leistungsnachweise in mündlicher oder schriftlicher Form erhoben. ³In den übrigen Fächern sind schriftliche oder mündliche oder praktische Leistungsnachweise (z. B. Arbeitsproben, Praktikumsberichte) vorzusehen.

§ 20

Bewertung der Leistungen

(1) ¹Den Noten sind folgende Wortbedeutungen zugrunde zu legen:

1. Sehr gut (1)
Die Note „sehr gut“ soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen in besonderem Maße entspricht.
2. Gut (2)
Die Note „gut“ soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen voll entspricht.
3. Befriedigend (3)
Die Note „befriedigend“ soll erteilt werden, wenn die Leistung im allgemeinen den Anforderungen entspricht.
4. Ausreichend (4)
Die Note „ausreichend“ soll erteilt werden, wenn die Leistung zwar Mängel aufweist, aber im ganzen den Anforderungen noch entspricht.
5. Mangelhaft (5)
Die Note „mangelhaft“ soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen läßt, daß die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden können.
6. Ungenügend (6)
Die Note „ungenügend“ soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht und selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, daß die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können.

²Der Begriff „Anforderungen“ bezieht sich auf den Umfang sowie auf die selbständige und richtige Anwendung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie auf die Art der Darstellung.

(2) ¹Zwischennoten werden nicht erteilt. ²Erläuterungen einschließlich eventueller Notentendenzen und Schlußbemerkungen können auf den Arbeiten angebracht werden.

(3) ¹Bei der Bewertung einer schriftlichen Arbeit kann die äußere Form mitberücksichtigt werden. ²Hat sich die Form auf die Benotung ausgewirkt, so ist dies in einer Bemerkung zum Ausdruck zu bringen.

(4) Wenn ein Schüler ohne ausreichende Entschuldigung einen angekündigten Leistungsnachweis versäumt, eine Leistung verweigert oder einen Praktikumsbericht nicht termingerecht abgibt, so wird die Note 6 erteilt.

(5) Grundlagen der Notenbildung im fachpraktischen Übungsbereich sind

1. die schriftlichen Äußerungen der Einrichtungen, in denen die praktischen Übungen durchgeführt worden sind, über Leistung und Verhalten des Schülers,
2. die Noten für die Arbeitsproben und die Praktikumsberichte des Schülers,
3. die schriftlichen Äußerungen des Lehrers oder der sonstigen Fachkraft, die mit der Praxisbetreuung und praktischen Unterweisung beauftragt war, über Leistung und Verhalten des Schülers; dieser Lehrer oder diese Fachkraft schlägt die Note vor.

(6) ¹Bedient sich der Schüler bei der Anfertigung einer zu benotenden schriftlichen oder praktischen Arbeit unerlaubter Hilfe (Unterschleif), so wird die Arbeit abgenommen und mit der Note 6 bewertet. ²Bei Versuch kann ebenso verfahren werden. ³Als Versuch gilt auch die Bereithaltung nichtzugelassener Hilfsmittel.

§ 21

Bildung der Jahresfortgangsnote

(1) ¹Bei der Bildung der Jahresfortgangsnote für die einzelnen Fächer werden die einzelnen Leistungsnachweise entsprechend ihrem Umfang und Schwierigkeitsgrad gewichtet. ²Ein schriftlicher Leistungsnachweis hat grundsätzlich das doppelte Gewicht eines mündlichen Leistungsnachweises; einer Arbeitsprobe kommt grundsätzlich mehr Gewicht zu als einem Praktikumsbericht.

(2) Die Jahresfortgangsnoten werden durch die Klassenkonferenz festgesetzt.

§ 22

Entscheidung über das Vorrücken

¹Die Grundlage für die Entscheidung über das Vorrücken bilden die Leistungen in allen Pflichtfächern einschließlich des fachpraktischen Übungsbereichs (Vorrückungsfächer). ²Vom Vorrücken sind Schüler ausgeschlossen, deren Jahreszeugnis in einem Vorrückungsfach die Note 6 oder in mehr als einem Vorrückungsfach nicht mindestens die Note 4 aufweist, sofern nicht gemäß § 23 ein Notenausgleich gewährt wird.

§ 23

Notenausgleich

(1) ¹Einem Schüler kann Notenausgleich nur gewährt werden, wenn er in Pädagogik mit Heilerziehungslehre, in Praxis- und Methodenlehre oder im fachpraktischen Übungsbereich (Kernfächer) die Note 1 oder 2 erzielt hat und in höchstens zwei sonstigen Vorrückungsfächern nicht mindestens die Note 4 erhalten hat. ²Die Note 5 oder 6 in einem Kernfach und die Note 6 in einem sonstigen Vorrückungsfach kann nicht ausgeglichen werden.

(2) Die Entscheidung über den Notenausgleich trifft die Klassenkonferenz.

§ 24

Jahreszeugnisse

¹In den Fachschulen für Heilerziehungspflege wird zum Ende jedes Schuljahres ein Jahreszeugnis erteilt, das dem vom Staatsministerium herausgegebenen Muster entsprechen muß. ²Bemerkungen über Anlagen, Mitarbeit und Verhalten des Schülers werden in das Jahreszeugnis nur aufgenommen, wenn dazu ein besonderer Anlaß besteht.

§ 25

Bescheinigung über die Dauer des Schulbesuchs

Verlassen Schüler während des Schuljahres die Schule oder werden sie entlassen, so erhalten sie auf Antrag eine Bescheinigung über die Dauer des Schulbesuchs und über die während des laufenden Schuljahres bis zum Ausscheiden erzielten Leistungen.

Fünfter Teil

Prüfungen

(vgl. Art. 33 BayEUG)

Abschnitt I

Abschlußprüfung in der Heilerziehungspflege

§ 26

Prüfungsausschuß

(1) ¹Mitglieder des Prüfungsausschusses sind der Vorsitzende, sein Stellvertreter und alle Lehrer, die in den Prüfungsfächern Unterricht erteilt haben. ²Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann weitere Lehrer der Schule oder beauftragte Fachkräfte mit entsprechender Befähigung in den Prüfungsausschuß berufen. ³Der Vorsitzende wird durch die zuständige Regierung bestellt. ⁴Sein Stellvertreter ist der Schulleiter, im Verhinderungsfall dessen Stellvertreter.

(2) ¹Der Prüfungsausschuß entscheidet mit einfacher Mehrheit. ²Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. ³Stimmhaltung ist

nicht zulässig. ⁴Der Prüfungsausschuß ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

(3) ¹Der Vorsitzende bildet für die praktische und für die mündliche Prüfung aus den Mitgliedern des Prüfungsausschusses Unterausschüsse. ²Sie sollen aus mindestens zwei fachlich zuständigen Mitgliedern bestehen, von denen er eines zum Ausschußvorsitzenden bestimmt. ³Absatz 2 gilt entsprechend.

(4) ¹Der Schulträger kann zur mündlichen und praktischen Prüfung einen Vertreter entsenden. ²Dieser kann auch an den Beratungen des Prüfungsausschusses teilnehmen, ist jedoch nicht stimmberechtigt.

(5) Bei privaten Schulen, die zwar staatlich genehmigt, jedoch nicht staatlich anerkannt sind, bestimmt die zuständige Regierung einen besonderen Prüfungsausschuß.

§ 27

Niederschrift

¹Über Aufgabenstellung, Verlauf und Ergebnis der Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen. ²Die Niederschrift wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und dem Schriftführer unterzeichnet. ³Der Niederschrift wird ein Verzeichnis beigegeben, das die von jedem Schüler in der schriftlichen, der mündlichen und der praktischen Prüfung und im Jahresfortgang erzielten Noten und die Zeugnisnoten enthält. ⁴Bei jedem Schüler wird angegeben, ob er die Abschlußprüfung bestanden hat.

§ 28

Festsetzung der Jahresfortgangsnoten

¹Vor Beginn der schriftlichen Prüfung setzt der Prüfungsausschuß auf Vorschlag der Lehrer die Jahresfortgangsnoten in den Fächern fest, die Gegenstand der schriftlichen Prüfung sein können. ²Diese Noten werden den Schülern vor der schriftlichen Prüfung mitgeteilt. ³Die Noten für die übrigen Fächer werden in gleicher Weise vor Beginn der mündlichen Prüfung festgesetzt und mitgeteilt. ⁴In Fächern, die in der Abschlußklasse nicht unterrichtet worden sind, gilt die Note aus dem vorhergehenden Jahreszeugnis als Jahresfortgangsnote.

§ 29

Schriftliche Prüfung

(1) ¹Die schriftliche Prüfung ist für alle Schüler verbindlich. ²Sie umfaßt drei schriftliche Arbeiten.

(2) ¹Alle Schüler bearbeiten eine Aufgabe aus dem Fach Pädagogik mit Heilerziehungslehre. ²Sie bearbeiten ferner je eine Aufgabe aus zwei der drei Fächer

1. Psychologie,
2. Psychiatrie,
3. Praxis- und Methodenlehre

nach Wahl des einzelnen Schülers. ³Die Bearbeitungszeit beträgt im Fach Pädagogik mit Heilerziehungslehre 180 Minuten, in den übrigen Fächern je 120 Minuten.

(3) ¹Die Themen der schriftlichen Arbeiten und die zugelassenen Hilfsmittel bestimmt der Prüfungsausschuß. ²Das Thema einer schriftlichen Arbeit kann aus mehreren Einzelfragen bestehen. ³Der Prüfungsvorsitzende kann unangemessene Themen zurückweisen oder ändern.

(4) ¹Die Aufgaben werden unter Aufsicht von allen Schülern zur gleichen Zeit bearbeitet. ²Die Schüler dürfen den Prüfungsraum während der Prüfung nur mit Erlaubnis der Prüfungsaufsicht verlassen; die Erlaubnis kann jeweils nur einem Schüler erteilt werden.

§ 30

Praktische Prüfung

(1) Die praktische Prüfung umfaßt für alle Schüler zwei Aufgaben mit behinderten Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen.

(2) ¹Alle Schüler erbringen eine Aufgabe zur Gestaltung des Tagesablaufs aus dem fachpraktischen Übungsbereich. ²Sie erbringen ferner eine Aufgabe aus den Fächern

1. Werken und Gestalten,
2. Spiel,
3. Musikerziehung,
4. Sport und Bewegungserziehung,
5. Hauswirtschaft

nach Wahl des einzelnen Schülers. ³Die Prüfung nach Satz 2 kann im Rahmen der Tagesablauf-Prüfung durchgeführt werden, jedoch müssen auch in diesem Fall zwei gesonderte Noten erteilt werden. ⁴Während der praktischen Prüfung können zugleich Fragen zum Prüfungsthema und dem damit im Zusammenhang stehenden Unterrichtsstoff gestellt werden.

(3) ¹Die Aufgaben der praktischen Prüfung stellt der Prüfungsausschuß. ²Sie werden nummeriert und vor Beginn der praktischen Prüfung durch Los zugeteilt. ³Zwischen der Bekanntgabe der zugeteilten Aufgaben an die Schüler und dem Beginn der praktischen Prüfung müssen mindestens 24 Stunden liegen. ⁴Der Schüler hat einen schriftlichen Arbeitsplan zu erstellen und vor Beginn der praktischen Prüfung abzugeben. ⁵Bei den wesentlichen Bearbeitungsphasen und bei der Feststellung der Ergebnisse der praktischen Prüfung müssen der Vorsitzende und mindestens ein weiteres Mitglied des zuständigen Unterausschusses anwesend sein.

(4) Die praktische Prüfung in der Gestaltung des Tagesablaufs dauert je nach Aufgabenstellung drei bis fünf Stunden; die praktische Prüfung in dem weiteren Fach dauert je nach Art der Aufgabe eine halbe bis eine volle Stunde.

§ 31

Mündliche Prüfung

(1) ¹Eine mündliche Prüfung in zwei Fächern ist für alle Schüler verbindlich. ²Sie erstreckt sich für jeden Schüler auf das Fach Medizin und auf das in § 29 Abs. 2 Satz 2 genannte Fach, das nicht Gegenstand seiner schriftlichen Prüfung war.

(2) In den anderen Fächern der schriftlichen Prüfung hat der Schüler eine mündliche Prüfung abzugeben, wenn der Prüfungsausschuß sie zur Klärung des Leistungsstands für erforderlich hält.

(3) Schüler können sich freiwillig der mündlichen Prüfung unterziehen

1. in einem Fach der schriftlichen Prüfung, wenn sich die Noten der schriftlichen Prüfung und des Jahresfortgangs um eine Stufe unterscheiden und nach Auffassung des Prüfungsausschusses die schlechtere Note als Zeugnisnote festzusetzen wäre,

2. in einem sonstigen Pflichtfach, das nicht ein Fach der praktischen Prüfung sein kann, wenn die Leistungen im Jahresfortgang nicht mindestens mit Note 4 bewertet worden sind.

(4) ¹Der Prüfungsausschuß stellt nach der schriftlichen und praktischen Prüfung fest, ob die Voraussetzungen für die Teilnahme an der mündlichen Prüfung vorliegen. ²Steht fest, daß die Abschlußprüfung nicht bestanden ist, so entfällt die mündliche Prüfung. ³Die Entscheidungen und der Zeitplan für die mündliche Prüfung sind den Schülern unverzüglich bekanntzugeben. ⁴Zugleich ist ein Termin festzulegen, bis zu welchem die Schüler zu erklären haben, ob sie von ihrem Recht auf mündliche Prüfung Gebrauch machen wollen.

(5) ¹In der mündlichen Prüfung werden die Schüler einzeln oder in Gruppen von höchstens drei Teilnehmern geprüft. ²Die mündliche Prüfung dauert für jeden Prüfungsteilnehmer in jedem Fach etwa zehn Minuten. ³Die mündliche Prüfung wird durch den fachlich zuständigen Unterausschuß abgenommen. ⁴Das Prüfungsgespräch wird durch dessen Vorsitzenden geführt, soweit nicht der Prüfungsvorsitzende selber die Gesprächsführung übernimmt; die übrigen Mitglieder sind berechtigt, Fragen zu stellen.

§ 32

Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) ¹Die schriftlichen Prüfungsaufgaben werden je von zwei fachkundigen Mitgliedern des Prüfungsausschusses bewertet, die der Vorsitzende bestimmt. ²Kommt eine übereinstimmende Bewertung einer Aufgabe nicht zustande, entscheidet ein vom Prüfungsvorsitzenden bestimmtes Mitglied des Prüfungsausschusses.

(2) ¹Die Leistungen in der mündlichen und der praktischen Prüfung bewertet der zuständige Unterausschuß. ²In der praktischen Prüfung wird nicht nur das Ergebnis der Arbeit, sondern auch die Arbeitsweise beurteilt.

§ 33

Festsetzung des Prüfungsergebnisses und der Zeugnisnoten

(1) ¹Nach Abschluß der mündlichen Prüfungen setzt der Prüfungsausschuß die Prüfungsnoten und die Zeugnisnoten fest. ²War ein Fach Gegenstand sowohl der schriftlichen als auch der mündlichen Prüfung, so wird zunächst für dieses Fach eine einheitliche Prüfungsnote festgesetzt. ³Dabei kommt der Note aus der schriftlichen Prüfung das doppelte Gewicht der Note aus der mündlichen Prüfung zu.

(2) ¹In Fächern, die Gegenstand der Abschlußprüfung waren, wird die Zeugnisnote aus der Jahresfortgangsnote und der Prüfungsnote ermittelt. ²Die Jahresfortgangsnote und die Prüfungsnote sind gleichwertig. ³Bei einem Durchschnitt von n,5 gibt in der Regel die Prüfungsnote den Ausschlag, es sei denn, daß nach Auffassung des Prüfungsausschusses eine andere Gewichtung der Gesamtleistung des Schülers besser gerecht wird.

(3) In Fächern, die nicht Gegenstand der Abschlußprüfung waren, ist die Jahresfortgangsnote zugleich die Zeugnisnote.

(4) ¹Auf Grund der Zeugnisnoten entscheidet der Prüfungsausschuß über das Bestehen der Abschlußprüfung. ²Sie ist nicht bestanden, wenn nicht in jedem Kernfach mindestens die Note „ausreichend“ erzielt worden ist. ³Sie ist ferner nicht bestanden, wenn in zwei anderen Pflichtfächern nicht mindestens die Note „ausreichend“ erzielt worden ist und kein Notenausgleich gewährt wird. ⁴§ 23 Abs. 1 findet entsprechende Anwendung.

(5) ¹Die Gesamtprüfungsnote errechnet sich aus der Summe aller Zeugnisnoten, geteilt durch die Zahl der Zeugnisnoten. ²In der Bewertung entspricht

1,00 bis 1,50 = sehr gut,

1,51 bis 2,50 = gut,

2,51 bis 3,50 = befriedigend,

3,51 bis 4,50 = ausreichend.

§ 34

Abschlußzeugnis

(1) ¹Schüler, die die Abschlußprüfung in der Heilerziehungspflege bestanden haben, erhalten ein Abschlußzeugnis, das dem vom Staatsministerium herausgegebenen Muster entsprechen muß. ²In dem Abschlußzeugnis wird die Berechtigung ausgesprochen, die Berufsbezeichnung „Staatlich anerkannter Heilerziehungspfleger / Staatlich anerkannte Heilerziehungspflegerin“ zu führen.

(2) Schüler, die sich der Abschlußprüfung ohne Erfolg unterzogen haben, erhalten ein Jahreszeugnis, das die Leistungen im Schuljahr ohne Einbeziehung der Abschlußprüfung, eine Bemerkung über die erfolglose Teilnahme an der Abschlußprüfung und einen Hinweis enthält, ob die Abschlußprüfung wiederholt werden darf.

(3) Über die Zeugnisse nach den Absätzen 1 und 2 beschließt der Prüfungsausschuß.

§ 35

Verhinderung an der Teilnahme

(1) Erkrankungen, welche die Teilnahme eines Schülers an der Abschlußprüfung verhindern, sind unverzüglich durch ärztliches Zeugnis nachzuweisen; die Schule kann die Vorlage eines schulärztlichen Zeugnisses verlangen.

(2) Hat sich ein Schüler der Prüfung oder einem Prüfungsteil unterzogen, so können nachträglich gesundheitliche Gründe, denen zufolge die Prüfungsleistung nicht gewertet werden soll, nicht anerkannt werden.

(3) ¹Versäumt ein Schüler eine Prüfung, so wird die Note 6 erteilt, es sei denn, er hat das Versäumnis nicht zu vertreten. ²Dies gilt auch in den Fällen der freiwilligen mündlichen Prüfung, es sei denn, dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder des zuständigen Unterausschusses geht drei Tage vor dem angesetzten Prüfungstermin eine schriftliche Rücktrittserklärung zu.

§ 36

Nachholung der Abschlußprüfung

(1) ¹Schüler, die an der Abschlußprüfung in allen oder einzelnen Fächern infolge eines von ihnen nicht zu vertretenden Grundes nicht teilnehmen konnten, können die Abschlußprüfung oder die nicht abgelegten Teile der Prüfung mit Genehmigung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu einem späteren Zeitpunkt – spätestens ein halbes Jahr nach Abschluß des letzten Prüfungsteils – nachholen. ²Die Regierung kann eine Schule ihres Aufsichtsbezirks mit der Abnahme der Prüfung beauftragen.

(2) Die Aufgaben der schriftlichen Prüfung stellt die Regierung.

§ 37

Unterschleif

(1) ¹Bedient sich ein Schüler unerlaubter Hilfe oder macht er den Versuch dazu (Unterschleif), so wird die Arbeit abgenommen und mit Note 6 bewertet. ²Als Versuch gilt auch die Bereithaltung nicht-zugelassener Hilfsmittel nach Beginn der Prüfung. ³Ebenso kann verfahren werden, wenn die Handlungen zu fremdem Vorteil unternommen werden.

(2) In schweren Fällen wird der Schüler von der Prüfung ausgeschlossen; diese gilt als nicht bestanden.

(3) ¹Wird ein Tatbestand nach Absatz 1 Satz 1 erst nach Abschluß der Prüfung bekannt, so ist die betreffende Prüfungsleistung nachträglich mit Note 6 zu bewerten und das Gesamtprüfungsergebnis entsprechend zu berichtigen. ²In schweren Fällen ist die Prüfung als nicht bestanden zu erklären. ³Ein unrichtiges Abschlußzeugnis ist einzuziehen.

(4) Die Entscheidung trifft der Prüfungsausschuß.

Abschnitt II

Abschlußprüfung in der Heilerziehungspflegehilfe

§ 38

Prüfungsverfahren

Für die Abschlußprüfung in der Heilerziehungspflegehilfe gelten die Vorschriften des Fünften Teils Abschnitt I, soweit sich nicht aus Abschnitt II etwas anderes ergibt.

§ 39

Schriftliche Prüfung

(1) Die schriftliche Prüfung umfaßt zwei schriftliche Arbeiten.

(2) ¹Alle Schüler bearbeiten je eine Aufgabe aus dem Fach Pädagogik mit Heilerziehungslehre und aus dem Fach Psychologie oder Praxis- und Methodenlehre. ²Die Bearbeitungszeit beträgt in jedem Fach 120 Minuten.

§ 40

Praktische Prüfung

¹Die praktische Prüfung umfaßt zwei Aufgaben gemäß § 30 Abs. 1 und 2. ²Jedoch dauert die praktische Prüfung in der Gestaltung des Tagesablaufs je nach Aufgabenstellung zwei bis drei Stunden; die praktische Prüfung in dem weiteren Fach dauert je nach Art der Aufgabe eine halbe bis eine volle Stunde.

§ 41

Mündliche Prüfung

Die mündliche Prüfung erstreckt sich für jeden Schüler auf das Fach Medizin und auf das in § 39 Abs. 2 genannte Fach, das nicht Gegenstand seiner schriftlichen Prüfung war.

§ 42

Abschlußzeugnis

¹Schüler, die die Abschlußprüfung in der Heilerziehungspflegehilfe bestanden haben, erhalten ein Abschlußzeugnis, das dem vom Staatsministerium herausgegebenen Muster entsprechen muß. ²In dem Abschlußzeugnis wird die Berechtigung ausgesprochen, die Berufsbezeichnung „Staatlich anerkannter Heilerziehungspflegehelfer / Staatlich anerkannte Heilerziehungspflegehelferin“ zu führen.

Abschnitt III

Fachschulreifeprüfung

§ 43

Teilnahmeberechtigung

(1) Zur Teilnahme an der Fachschulreifeprüfung sind alle Schüler berechtigt, die sich gleichzeitig der Abschlußprüfung der Fachschule für Heilerziehungspflege unterziehen und noch nicht im Besitz eines mittleren Schulabschlusses nach Art. 19 Bay-EUG sind.

(2) Für die Durchführung der Fachschulreifeprüfung gelten die §§ 26 bis 28, 32 und 35 bis 37, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

§ 44

Schriftliche Prüfung

(1) Die schriftliche Prüfung findet gegen Ende des letzten Ausbildungsabschnitts statt und erstreckt sich auf die Fächer Deutsch, Englisch und Mathematik.

(2) ¹Die Aufgaben und die zugelassenen Hilfsmittel bestimmt das Staatsministerium. ²Die Anforderungen ergeben sich aus den einschlägigen Lehrplänen für die Berufsaufbauschule. ³Bei mehreren zur Wahl gestellten Aufgaben wählt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses zusammen mit den fachlich zuständigen Lehrern des Prüfungsausschusses am Prüfungstag aus. ⁴Bei Parallelklassen können für jede Klasse verschiedene Aufgaben gewählt werden.

§ 45

Mündliche Prüfung

(1) ¹Schüler, die in dem Ausbildungsabschnitt, in dem die Prüfung abgelegt wird, am Unterricht in einem Prüfungsfach teilgenommen haben, können sich in diesem Fach freiwillig der mündlichen Prüfung unterziehen, wenn sich die Noten der schriftlichen Prüfung und des Jahresfortgangs um eine, drei oder fünf Stufen unterscheiden und nach Auffassung des Prüfungsausschusses die schlechtere Note als Gesamtnote festzusetzen wäre. ²Sie haben sich der mündlichen Prüfung zu unterziehen, wenn nach den besonderen Umständen des Falles der Leistungsstand in einem Prüfungsfach durch die Noten der schriftlichen Prüfung nicht geklärt erscheint.

(2) Schüler, die in dem Schuljahr, in dem die Prüfung abgelegt wird, nicht am Unterricht in einem Prüfungsfach teilgenommen haben, werden im Fach Englisch auch mündlich geprüft, in den Fächern Deutsch und Mathematik können sie sich freiwillig der mündlichen Prüfung unterziehen.

(3) Für die Durchführung der mündlichen Prüfung finden § 31 Abs. 4 und 5 entsprechende Anwendung.

§ 46

Festsetzung des Prüfungsergebnisses

(1) ¹Nach Abschluß der mündlichen Prüfungen setzt der Prüfungsausschuß spätestens zu dem vom Staatsministerium festgelegten Zeugnisternin die Gesamtnoten für die Fachschulreifeprüfung fest. ²Bei Teilnahme am Unterricht in einem Prüfungsfach wird die Gesamtnote aus der Fortgangsnote und der Prüfungsnote ermittelt. ³Bei der Bildung der Prüfungsnote zählt die Note der schriftlichen Prüfung zweifach, die Note der mündlichen Prüfung einfach. ⁴Die Jahresfortgangsnote und die Prüfungsnote sind gleichwertig. ⁵Bei einem Durchschnitt von n,5 gibt in der Regel die Prüfungsnote den Ausschlag. ⁶Hat ein Schüler am Unterricht in einem Prüfungsfach nicht teilgenommen, gilt die Prüfungsnote als Gesamtnote.

(2) ¹Auf Grund der Gesamtnoten entscheidet der Prüfungsausschuß über das Bestehen der Fachschulreifeprüfung. ²Die Fachschulreifeprüfung ist bestanden, wenn

1. in allen Prüfungsfächern mindestens die Gesamtnote „ausreichend“ erzielt wurde oder
2. bei der Prüfungsnote „mangelhaft“ in nur einem Prüfungsfach mindestens ein Notendurchschnitt von 4,0 erzielt wurde.

(3) ¹Bei bestandener Fachschulreifeprüfung wird in das Abschlußzeugnis ein Vermerk über das gleichzeitige Bestehen der Fachschulreifeprüfung sowie über die Leistungen in den einzelnen Fächern der Fachschulreifeprüfung aufgenommen. ²Ist die Fachschulreifeprüfung bestanden, nicht jedoch die Abschlußprüfung, so erhält der Schüler eine Bescheinigung über das Bestehen der Fachschulreifeprüfung; wird die Abschlußprüfung nach Wiederholung bestanden, erfolgt bei Vorlage der Bescheinigung die Aufnahme des Vermerks nach Satz 1 in das Abschlußzeugnis. ³Bei nicht bestandener Fachschulreifeprüfung erhält der Schüler auf Antrag eine Bescheinigung über die erfolglose Teilnahme.

Sechster Teil

Lehrerkonferenz, Klassenkonferenz

(vgl. Art. 37 BayEUG)

§ 47

Aufgaben der Lehrerkonferenz

Die Lehrerkonferenz beschließt im Rahmen ihrer Aufgaben nach Art. 37 Abs. 3 und 4 BayEUG auch über

1. Beschwerden von grundsätzlicher Bedeutung gegen allgemeine Unterrichts- und Erziehungsmaßnahmen der Schule mit Ausnahme von Aufsichtsbeschwerden gegen die Schule und von Dienstaufsichtsbeschwerden,
2. Veranstaltungen, die die gesamte Schule betreffen.

§ 48

Sitzungen

(1) ¹Die Sitzungen der Lehrerkonferenz sind nicht öffentlich. ²Sie sind außerhalb der regelmäßigen Unterrichtszeit durchzuführen.

(2) ¹Die Lehrerkonferenz kann beschließen, daß bei der Beratung einzelner Tagesordnungspunkte Klassensprecher, Schülersprecher, Vertreter des Aufwandsträgers, Vertreter von Behörden und Kirchen sowie der Schularzt Gelegenheit zur Äußerung erhalten. ²Das Vortragsrecht des Schülersausschusses nach Art. 40 Abs. 5 Satz 3 Halbsatz 2 BayEUG bleibt unberührt.

§ 49

Einberufung

(1) Der Schulleiter beruft die Lehrerkonferenz bei Bedarf, mindestens jedoch zweimal im Schuljahr, ein.

(2) Die Lehrerkonferenz muß innerhalb von 14 Tagen einberufen werden, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder oder die Schulaufsichtsbehörde unter Angabe der zu beratenden Gegenstände dies verlangt.

(3) ¹Der Vorsitzende hat Ort, Zeit und Tagesordnung der Sitzung den Mitgliedern mindestens eine Woche vor Beginn schriftlich bekanntzugeben. ²Die schriftliche Bekanntgabe kann durch Aushang in der an der Schule üblichen Weise erfolgen. ³In dringenden Fällen ist der Vorsitzende an die Frist nicht gebunden.

§ 50

Teilnahmepflicht

(1) ¹Die Mitglieder der Lehrerkonferenz sind verpflichtet, an den Sitzungen teilzunehmen. ²Nebenamtlich oder nebenberuflich tätige Lehrer sind hierzu nur in dem Umfang verpflichtet, in dem ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem von ihnen erteilten Unterricht besteht.

(2) Der Vorsitzende kann in Ausnahmefällen von der Teilnahme an einzelnen Sitzungen befreien.

§ 51

Tagesordnung

(1) Der Vorsitzende setzt die Tagesordnung fest.

(2) ¹Jedes Mitglied kann die Behandlung zusätzlicher Tagesordnungspunkte beantragen. ²Widerspricht ein Drittel der Mitglieder der Behandlung eines zusätzlichen Tagesordnungspunkts, so ist die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

§ 52

Beschlußfähigkeit

(1) Die Lehrerkonferenz ist beschlußfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der zur Teilnahme verpflichteten Mitglieder anwesend ist.

(2) ¹Wird die Lehrerkonferenz zum zweiten Mal zur Behandlung desselben Gegenstands zusammengerufen, so ist sie insoweit ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig. ²Bei der zweiten Einladung muß auf diese Bestimmung hingewiesen werden.

(3) In Entlassungs- und Ausschlußverfahren richtet sich die Beschlußfähigkeit nach Art. 64 Abs. 1 Satz 2 und Art. 65 Abs. 1 Satz 3 BayEUG.

§ 53

Stimmberechtigung

(1) Stimmberechtigt sind alle Mitglieder der Lehrerkonferenz.

(2) ¹Ein Mitglied darf an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen, wenn der Beschluß ihm selbst, seinem Ehegatten, einem Verwandten oder Verschwägerten bis zum dritten Grad oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann. ²Ob diese Voraussetzungen vorliegen, entscheidet die Lehrerkonferenz ohne Mitwirkung des Betroffenen.

§ 54

Beschlußfassung

(1) ¹Jeder anwesende stimmberechtigte Lehrer ist bei Abstimmungen zur Stimmabgabe verpflichtet. ²Dies gilt nicht für nach Art. 63 Abs. 8 Satz 2 BayEUG eingeschaltete Lehrer.

(2) ¹Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt; in Entlassungs- und Ausschlußverfahren richtet sich die Beschlußfassung nach Art. 64 Abs. 1 Satz 1 und Art. 65 Abs. 1 Satz 2 BayEUG. ²Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(3) Besteht mehr als die Hälfte der Mitglieder der Lehrerkonferenz aus nebenamtlichen und nebenberuflichen Lehrern, so sind Beschlüsse nur wirksam, wenn sie auch von der Mehrheit der abgegebenen Stimmen der hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrer unterstützt werden.

§ 55

Niederschrift

(1) ¹Über jede Sitzung ist eine Niederschrift anzufertigen. ²Der Vorsitzende bestimmt den Schriftführer.

(2) Die Niederschrift muß Datum, Beginn und Ende der Sitzung, die Namen der Anwesenden, die behandelten Gegenstände und das Abstimmungsergebnis, bei wichtigen Entscheidungen ferner die maßgebenden Gründe enthalten.

(3) ¹Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen und zu Beginn der nächsten Sitzung zu genehmigen. ²Einsprüche gegen die Niederschrift sind zu vermerken.

(4) ¹Die Mitglieder der Lehrerkonferenz haben das Recht, die Niederschrift einzusehen. ²Die Niederschrift ist zehn Jahre aufzubewahren.

§ 56

Klassenkonferenz

(vgl. Art. 32 BayEUG)

Für die Sitzungen der Klassenkonferenz gelten § 48 Abs. 1, §§ 50 und 51 Abs. 1, §§ 52 bis 55 entsprechend.

Siebter Teil

Schülermitverantwortung

(vgl. Art. 40 BayEUG)

§ 57

Allgemeines

(1) Die Aufgaben und Rechte der Schülermitverantwortung (SMV) erstrecken sich auf Angelegenheiten der Schüler im fachpraktischen Übungsbereich nur insoweit, als das Wohl der zu betreuenden Personen, die Grundsätze der Heilerziehungspflege und die Schweigepflicht nicht entgegenstehen.

(2) ¹Zur Durchführung einzelner Aufgaben der SMV gebildete Arbeitsgruppen müssen allen Schülern offenstehen. ²Die Arbeitsgruppen dürfen keine einseitigen politischen oder weltanschaulichen Ziele verfolgen.

(3) ¹Die Durchführung einer Veranstaltung und die Bildung einer Arbeitsgruppe sind unter Angabe des Zwecks, der Beteiligten und der Leitung dem Schulleiter rechtzeitig anzuzeigen. ²Dieser soll die erforderlichen Räume und Einrichtungen der Schule zur Verfügung stellen.

(4) ¹Die Verbreitung schriftlicher Mitteilungen im Rahmen der SMV an die Schüler ist nur dem Schülersprecherausschuß gestattet. ²Sie bedarf der Genehmigung des Schulleiters.

(5) ¹Veranstaltungen im Rahmen der SMV unterliegen der Aufsicht der Schule. ²Wenn der Schulleiter einen Schüler mit der Sicherstellung des geordneten Ablaufs einer Veranstaltung betraut, haben die Teilnehmer die Anordnungen dieses Schülers zu befolgen.

(6) Ein Mitglied der Schülerversammlung scheidet bei Verlust der Wählbarkeitsvoraussetzungen und bei Rücktritt aus seinem Amt aus.

§ 58

Klassensprecher und Klassensprecherversammlung

(1) ¹Der Klassensprecher und sein Stellvertreter werden jeweils für ein Schuljahr gewählt. ²Wahlleiter ist der Klassenleiter.

(2) ¹Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. ²Wird die Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, so findet eine Stichwahl unter den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmenzahlen statt. ³Bei Stimmengleichheit in der Stichwahl entscheidet das Los.

(3) ¹Scheidet ein Klassensprecher oder ein Stellvertreter aus seinem Amt aus, so findet für den Rest des Schuljahres eine Neuwahl statt. ²Gleiches gilt, wenn mindestens zwei Drittel der Wahlberechtigten eine Neuwahl verlangen.

(4) ¹Die Klassensprecherversammlung tritt bei Bedarf zusammen. ²Der Antrag ist rechtzeitig unter Beifügung der Tagesordnung vom Schülersprecher beim Schulleiter zu stellen. ³Die Klassensprecherversammlungen sind so zu legen, daß Klassensprecher, die sich im fachpraktischen Übungsbereich befinden, an den Versammlungen teilnehmen können, ohne daß die fachpraktischen Übungen mehr als notwendig unterbrochen werden müssen.

§ 59

Schülersprecher, Schülersprecherausschuß

(1) ¹Die Schülersprecher werden jeweils für ein Schuljahr von den Klassensprechern und ihren Stellvertretern schriftlich und geheim in getrennten Wahlgängen gewählt. ²Wahlleiter ist der Schulleiter oder ein von ihm beauftragter Lehrer.

(2) ¹Die Wahl findet innerhalb von zwei Wochen nach der Wahl der Klassensprecher statt. ²Die Gültigkeit der Wahl setzt die Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Wahlberechtigten voraus.

³Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhalten hat. ⁴Bei Stimmengleichheit findet eine Stichwahl statt; bei Stimmengleichheit in der Stichwahl entscheidet das Los.

(3) Die drei Schülersprecher sollen nach Möglichkeit aus verschiedenen Klassen und Jahrgangsstufen sein.

(4) ¹Scheidet ein Schülersprecher aus seinem Amt aus, so findet für den Rest des Schuljahres eine Neuwahl statt. ²Gleiches gilt, wenn mindestens zwei Drittel der Wahlberechtigten eine Neuwahl verlangen.

§ 60

Geschäftsordnung

¹Die Klassensprecherversammlung und der Schülersprecherausschuß können sich jeweils eine Geschäftsordnung geben. ²Diese bedarf der Genehmigung des Schulleiters und ist in der Schule bekanntzugeben.

§ 61

Finanzierung und finanzielle Abwicklung von Veranstaltungen

(1) ¹Die notwendigen Kosten der SMV trägt der Aufwandsträger im Rahmen des Haushalts für die Schule. ²Aufwendungen der SMV können ferner durch Zuwendungen Dritter oder durch Einnahmen aus Veranstaltungen finanziert werden.

(2) Finanzielle Zuwendungen an die Schule für Zwecke der SMV dürfen nur entgegengenommen werden, wenn sie nicht mit Bedingungen verknüpft sind, die der Aufgabe der SMV widersprechen.

(3) ¹Über die aus Zuwendungen Dritter sowie die aus Veranstaltungen zur Verfügung stehenden Einnahmen und deren Verwendung ist ein Nachweis zu führen. ²In dem Nachweis sind alle Einzahlungen und Auszahlungen einzeln und getrennt voneinander darzustellen und zu belegen. ³Die Verwaltung der Gelder und die Führung des Nachweises obliegen dem Schülersprecherausschuß gemeinsam mit einem Lehrer. ⁴Die Schule kann ein Konto einrichten, das ein Schülersprecher und ein Lehrer gemeinsam verwalten; der Schulleiter erteilt diesen insoweit eine Gesamtzeichnungsbefugnis. ⁵Die Verwaltung der Gelder einschließlich der Kontenführung unterliegt der jederzeit möglichen Prüfung durch den Schulleiter oder einen von ihm beauftragten Lehrer im Benehmen mit der Klassensprecherversammlung. ⁶Im Schulhalbjahr findet mindestens eine Prüfung statt.

§ 62

Abschluß von Rechtsgeschäften

(1) ¹Soweit im Rahmen von Veranstaltungen der SMV Handlungen notwendig werden, die Verpflichtungen rechtsgeschäftlicher Art mit sich bringen, bedarf der handelnde Schüler zum Abschluß des Rechtsgeschäfts der schriftlichen Vollmacht durch den Schulleiter oder einen von diesem beauftragten Lehrer. ²Dies gilt für Rechtsgeschäfte im Zusammenhang mit der Vorbereitung einer Schülerzeitung nur insoweit, als die Arbeitsgruppe nicht über Geldmittel in der erforderlichen Höhe verfügt.

(2) Klassensprecher und Schülersprecher dürfen ihre Funktionsbezeichnung nur im Rahmen ihrer schulischen Arbeit verwenden.

Achter Teil**Folgen von Pflichtverletzungen**

(vgl. Art. 63 bis 65 BayEUG)

§ 63

Ordnungsmaßnahmen

(1) ¹Pflichtverletzungen im fachpraktischen Übungsbereich sind als besonders schwerwiegend zu beurteilen, wenn sie geeignet sind, das Wohl der zu betreuenden Personen zu gefährden. ²Bei der Fachschule für Heilerziehungspflege in der dreijährigen Organisationsform und bei der Fachschule für Heilerziehungspflegehilfe ist davon auszugehen, daß auch grobe Pflichtverletzungen im Rahmen der vorgeschriebenen praktischen Tätigkeit geeignet sind, die Verwirklichung der Aufgabe der Schule zu gefährden.

(2) ¹Eine Bindung an die Reihenfolge der Ordnungsmaßnahmen nach Art. 63 Abs. 2 BayEUG besteht nicht. ²Eine Ordnungsmaßnahme kann wiederholt getroffen werden. ³Der Entlassung soll deren Androhung vorausgehen.

(3) ¹Die Ordnungsmaßnahmen des Ausschlusses vom Unterricht nach Art. 63 Abs. 2 Nrn. 4 und 5 BayEUG sind gegenüber einem Schüler jeweils nur einmal im Schuljahr zulässig. ²Die Ordnungsmaßnahme des Ausschlusses vom Unterricht für zwei bis vier Wochen kann erst getroffen werden, wenn der Ausschluß des Schülers vom Unterricht für drei bis sechs Unterrichtstage keinen Erfolg gezeigt hat. ³§ 14 Abs. 3 bleibt unberührt.

(4) Beim Ausschluß vom Unterricht, bei der Androhung der Entlassung und bei der Entlassung ist auch über die Frage der sofortigen Vollziehung zu beschließen.

(5) ¹Ordnungsmaßnahmen werden dem Schüler schriftlich unter Angabe des zugrunde liegenden Sachverhalts mitgeteilt. ²Die Mitteilung des Ausschlusses vom Unterricht erfolgt vor dessen Vollzug.

(6) Die Regierung ist berechtigt, Ordnungsmaßnahmen der Schule aufzuheben, abzuändern oder eine neue Entscheidung zu verlangen.

(7) Ordnungsmaßnahmen und Maßnahmen des Hausrechts sind nebeneinander zulässig.

§ 64

Entlassung

(1) ¹Die Untersuchung ist vom Schulleiter oder einem von ihm beauftragten Mitglied der Lehrerkonferenz zu führen. ²Dem Schüler ist nach Aufnahme der Untersuchung ausreichend Gelegenheit zu geben, sich zu äußern.

(2) ¹Das vorläufige Ergebnis der Untersuchung wird dem Schüler gegen Nachweis mitgeteilt. ²Der Schüler ist gleichzeitig unter angemessener Fristsetzung auf die Möglichkeit der Stellungnahme und auf sein Recht nach Art. 63 Abs. 8 Satz 1 BayEUG hinzuweisen. ³Das Ergebnis der Untersuchung wird unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Schülers schriftlich niedergelegt.

Neunter Teil**Schlußvorschriften**

§ 65

Schulaufsicht

(vgl. Art. 87 bis 91 BayEUG)

(1) Soweit diese Verordnung Zuständigkeiten festlegt, bleibt das Weisungsrecht der Schulaufsichtsbehörden unberührt.

(2) Die Regierung kann von einzelnen Bestimmungen dieser Verordnung Ausnahmen gewähren, wenn die Anwendung der Bestimmung im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führen würde und die Abweichung auch unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung unbedenklich erscheint.

(3) Staatsministerium im Sinn dieser Verordnung ist das Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

§ 66

Haftpflichtversicherung

(1) Für die Schüler der öffentlichen Fachschulen ist vom Schulträger eine Schülerhaftpflichtversicherung abzuschließen.

(2) Die Schüler sind verpflichtet, die Beiträge für die Haftpflichtversicherung rechtzeitig an die Schule zu entrichten.

§ 67

Gleichwertigkeit anderer Ausbildungen

(1) Das Staatsministerium entscheidet auf Antrag im Einzelfall, ob nachgewiesene Ausbildungen in einem ähnlichen pädagogischen Beruf der Ausbildung an Fachschulen für Heilerziehungspflege oder Heilerziehungspflegehilfe gleichwertig sind, und verleiht bei positivem Ergebnis der Prüfung das Recht zur Führung der Berufsbezeichnung „Staatlich anerkannter Heilerziehungspfleger/Staatlich anerkannte Heilerziehungspflegerin“ oder „Staatlich anerkannter Heilerziehungspflegehelfer/Staatlich anerkannte Heilerziehungspflegehelferin“.

(2) Das Staatsministerium kann diese Feststellung je nach der Art der nachgewiesenen Ausbildung von der teilweisen Ablegung der Abschlußprüfung oder vom Ergebnis einer Feststellungsprüfung in Form eines Colloquiums abhängig machen, das im Auftrag und nach den Weisungen des Staatsministeriums von den Fachschulen durchgeführt wird.

§ 68

Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. August 1985 in Kraft.

(2) ¹Gleichzeitig treten alle Vorschriften außer Kraft, die dieser Verordnung entgegenstehen oder entsprechen. ²Insbesondere tritt die Schul- und Prüfungsordnung der Fachschulen für Heilerziehungspflege und Heilerziehungspflegehilfe vom 31. August 1973 (GVBl S. 520, BayRS 2236-6-1-4-K) außer Kraft.

(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 können für die Aufnahme bis zum Schuljahr 1986/87 noch die Bestimmungen des § 4 Abs. 1 und 2 Schul- und Prüfungsordnung der Fachschulen für Heilerziehungspflege und Heilerziehungspflegehilfe angewendet werden, wenn dies für den Bewerber günstiger ist.

München, den 1. Juli 1985

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**
Prof. Hans M a i e r, Staatsminister

1 - 04	1 - 04	1 - 04	1 - 04
2 - 04	2 - 04	2 - 04	2 - 04
3 - 04	3 - 04	3 - 04	3 - 04

1 - 04	1 - 04	1 - 04	1 - 04
2 - 04	2 - 04	2 - 04	2 - 04
3 - 04	3 - 04	3 - 04	3 - 04

Anlage 1

Studentenafel für die Fachschule für Heilerziehungspflege

Fächergruppen	Fächer	Gesamt ausbildungs- stunden	Wochen stunden	davon	
				Erstes Jahr bei zweijähriger Organisationsform	Erstes Jahr bei dreijähriger Organisationsform
<u>Pflichtfachbereich</u>					
Beruflich- theoretischer Lernbereich	Pädagogik mit Heilerziehungslehre	200 = 5		100 = 2,5	60 = 1,5
	Psychologie	160 = 4		80 = 2	40 = 1
	Medizin	80 = 2		40 = 1	40 = 1
	Psychiatrie	80 = 2		40 = 1	20 = 0,5
	Berufs- und Rechtskunde	80 = 2		40 = 1	20 = 0,5
		600 = 15		300 = 7,5	180 = 4,5
Beruflich- praktischer Lernbereich	Praxis- und Methodenlehre	200 = 5		100 = 2,5	60 = 1,5
	Religions- pädagogik	40 = 1		20 = 0,5	20 = 0,5
	Spiel	80 = 2		40 = 1	40 = 1
	Werken und Gestalten	80 = 2		40 = 1	40 = 1
	Musikerziehung	80 = 2		40 = 1	40 = 1
	Sport- und Bewegungs- erziehung	80 = 2		40 = 1	40 = 1
	Pflege von Behinderten	80 = 2		40 = 1	40 = 1
	Hauswirtschaft	80 = 2		80 = 2	40 = 1
	Sprachaufbau	40 = 1		— = —	— = —
	Gesprächs- führung	40 = 1		— = —	— = —
	Jugendliteratur	40 = 1		40 = 1	— = —
			840 = 21		440 = 11
Allgemein- bildender Lernbereich	Deutsch	80 = 2		40 = 1	20 = 0,5
	Sozialkunde	80 = 2		40 = 1	20 = 0,5
		160 = 4		80 = 2	40 = 1
Fachpraktischer Übungsbereich		1400 = 35		700 = 17,5	500 = 12,5
<u>Wahlpflichtfachbereich</u>					
Fachliche Vertiefung		80 = 2		40 = 1	40 = 1
<u>Gesamtstundenzahl</u>					
ohne Wahlpflichtfach		3000 = 75		1520 = 38	1040 = 26
mit Wahlpflichtfach		3080 = 77		1560 = 39	1080 = 27
<u>Wahlfachbereich</u>					
zum Erwerb der Fachschulreife	Deutsch	160 = 4		80 = 2	40 = 1
	Englisch	240 = 6		120 = 3	80 = 2
	Mathematik	240 = 6		120 = 3	80 = 2

Verteilung der Gesamtausbildungsstunden:

	Gesamt- ausbildungs- stunden	darin sind enthalten Stunden für fachpraktischen Übungsbereich
a) <u>Zweijährige Organisationsform</u>		
Erstes Jahr (<u>o h n e</u> Wahlpflichtfächer)	1520 = 38	700 = 17,5
Zweites Jahr (<u>o h n e</u> Wahlpflichtfächer)	1480 = 37	700 = 17,5
	3000 = 75	1400 = 35
b) <u>Dreijährige Organisationsform</u>		
Erstes Jahr (<u>o h n e</u> Wahlpflichtfächer)	1040 = 26	500 = 12,5
Zweites Jahr (<u>o h n e</u> Wahlpflichtfächer)	980 = 24,5	460 = 11,5
Drittes Jahr (<u>o h n e</u> Wahlpflichtfächer)	980 = 24,5	440 = 11
	3000 = 75	1400 = 35

Anlage 2

Studentafel für die Fachschule für Heilerziehungspflegehilfe

Fächergruppen	Fächer	Gesamt- ausbildungs- stunden	Wochen- stunden
<u>Pflichtfachbereich</u>			
Beruflich- theoretischer Lernbereich	Pädagogik mit Heilerziehungslehre	60 =	1,5
	Psychologie	40 =	1
	Medizin	40 =	1
	Psychiatrie	20 =	0,5
	Berufs- und Rechtskunde	20 =	0,5
		<hr/>	
		180 =	4,5
<hr/>			
Beruflich- praktischer Lernbereich	Praxis- und Methodenlehre	60 =	1,5
	Religionspädagogik	20 =	0,5
	Spiel	40 =	1
	Werken und Gestalten	40 =	1
	Musikerziehung	40 =	1
	Sport- und Bewegungserziehung	40 =	1
	Pflege von Behinderten	40 =	1
	Hauswirtschaft	40 =	1
		<hr/>	
		320 =	8
<hr/>			
Allgemeinbildender Lernbereich	Deutsch	20 =	0,5
	Sozialkunde	20 =	0,5
		<hr/>	
		40 =	1
<hr/>			
Fachpraktischer Übungsbereich		500 =	12,5
<hr/>			
<u>Wahlpflichtfachbereich</u>			
Fachliche Vertiefungen		40 =	1
<hr/>			
<u>o h n e</u> Wahlpflichtfächer		1040 =	26
<u>m i t</u> Wahlpflichtfächern		1080 =	27

Verteilung der Gesamtausbildungsstunden:

Gesamtausbildungs- stunden (ohne Wahlpflichtfächer)	darin sind enthalten Stunden für fachpraktischen Übungsbereich
1040 = 26	500 = 12,5

800-21-85-A

**Zweite Verordnung
zur Änderung der Verordnung
zur Durchführung von Fortbildungsprüfungen
für Sozialversicherungsfachangestellte
in der Arbeiterrentenversicherung**

Vom 4. Juli 1985

Auf Grund von § 46 Abs. 1 des Berufsbildungsgesetzes und Art. 5 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Berufsbildungsgesetzes (BayRS 800-21-1-A) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung folgende vom Berufsbildungsausschuß am 10. Dezember 1984 beschlossene Verordnung:

§ 1

§ 18 der Verordnung zur Durchführung von Fortbildungsprüfungen für Sozialversicherungsfachangestellte in der Arbeiterrentenversicherung - FPO-ARV - (BayRS 800-21-85-A), geändert durch Verordnung vom 12. April 1983 (GVBl S. 222), wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 Satz 2 wird aufgehoben.
2. Es wird folgender neue Absatz 2 eingefügt:

„(2) ¹Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn das Gesamtergebnis unter 50 Punkten liegt. ²Die Prüfung ist ferner nicht bestanden, wenn in mehr als drei schriftlichen Prüfungsarbeiten jeweils eine durchschnittliche Punktzahl von weniger als 50 Punkten erzielt wurde.“;

die bisherigen Absätze 2 bis 4 werden Absätze 3 bis 5.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. August 1985 in Kraft.

München, den 4. Juli 1985

**Bayerisches Staatsministerium
für Arbeit und Sozialordnung**

Franz Neubaue r, Staatsminister

2038-3-3-8-J

Dritte Verordnung zur Änderung der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Justizdienst

Vom 10. Juli 1985

Auf Grund von Art. 19 Abs. 2 und Art. 115 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 des Bayerischen Beamtengesetzes erläßt das Bayerische Staatsministerium der Justiz im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und dem Landespersonalausschuß folgende Verordnung:

§ 1

Die Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Justizdienst – ZAPO/mJD – (BayRS 2038-3-3-8-J) wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) ¹Der Bewerber hat folgende Kenntnisse in der Kurzschrift und im Maschinenschreiben nachzuweisen:

1. in der Kurzschrift die Fähigkeit, eine Ansage von fünf Minuten Dauer in der Geschwindigkeit von 120 Silben je Minute aufzunehmen und in Langschrift zu übertragen,

2. im Maschinenschreiben eine zehnminütige Abschrift von einer Langschriftvorlage in der Geschwindigkeit von 180 Anschlägen je Minute zu fertigen.

²Der Nachweis ist in verwaltungsinternen Prüfungen zu Beginn des fachtheoretischen Lehrgangs A zu erbringen. ³Soweit ein Anwärter eine der Prüfungen nicht besteht, hat er diese am Ende des Lehrgangs A zu wiederholen. ⁴Eine weitere Wiederholung ist nur im folgenden fachtheoretischen Lehrgang B möglich.“

2. Dem § 7 Abs. 2 wird folgender Satz 3 angefügt:

„Er ist während der Ausbildung am Ausbildungsgericht (Ausbildungsstaatsanwaltschaft) Vorgesetzter der Anwärter.“

3. § 11 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) ¹Die Anzahl der Stunden sowie der schriftlichen Arbeiten während des dienstbegleitenden Unterrichts werden durch den Rahmen-Stoffplan bestimmt. ²Die Arbeitszeit der schriftlichen Arbeiten beträgt jeweils zwei Stunden. ³Während der Ausbildung ist mindestens eine schriftliche Arbeit von vier Stunden Dauer zu fertigen.“

4. § 12 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neue Absatz 3 eingefügt:

„(3) ¹Soweit ein Anwärter eine Prüfung nach § 2 Abs. 3 zu Beginn des fachtheoretischen Lehrgangs A nicht besteht, hat er insoweit am Unterricht in der Kurzschrift beziehungsweise im Maschinenschreiben teilzunehmen. ²Soweit ein Anwärter eine Prüfung am Ende des Lehrgangs A nicht besteht, hat er insoweit am Unterricht in der Kurzschrift

beziehungsweise im Maschinenschreiben im fachtheoretischen Lehrgang B teilzunehmen. ³Näheres wird durch den Rahmen-Stoffplan geregelt.“

b) der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

5. In § 18 Satz 1 wird „§ 10 Abs. 2 Nrn. 2 bis 6“ durch „§ 10 Abs. 2 Nrn. 2 bis 5“ ersetzt.

6. § 19 erhält folgende Fassung:

„§ 19

Wiederholung von Ausbildungsabschnitten

(1) ¹Erbringt ein Anwärter in dem fachtheoretischen Lehrgang A oder B oder der praktischen Ausbildung II eine schlechter als „ausreichend“ bewertete Gesamtleistung, so tritt er in den nächsten Ausbildungsjahrgang zurück, wenn zu erwarten ist, daß er hierbei das Ausbildungsziel erreichen wird. ²Den Anschluß an den nächsten Ausbildungsjahrgang regelt der Präsident des Oberlandesgerichts unter Berücksichtigung der Leistungsmängel des Anwärters. ³Frühere erfolgreich abgeschlossene Ausbildungsabschnitte sind nicht zu wiederholen. ⁴Der Präsident des Oberlandesgerichts kann den Rücktritt versagen und das Entlassungsverfahren nach § 17 einleiten, wenn der Anwärter das Nichterreichen des Ausbildungsziels zu vertreten hat. ⁵Der Rücktritt ist nur einmal statthaft.

(2) ¹Erbringt der Anwärter auch in dem nochmals abgeleiteten Ausbildungsabschnitt oder in einem späteren Ausbildungsabschnitt nur eine schlechter als „ausreichend“ bewertete Gesamtleistung, so ist er zu entlassen. ²In besonderen Härtefällen können Ausnahmen zugelassen werden.

(3) Aufstiegsbeamte treten in den Fällen, in denen Anwärter wegen des Nichterreichens des Ausbildungsziels zu entlassen wären, in ihr früheres Beschäftigungsverhältnis zurück.“

7. § 29 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Satz 1 wird durch folgende neue Sätze 1 bis 3 ersetzt:

„¹Eine Prüfungsverhinderung ist unverzüglich mitzuteilen und nachzuweisen, im Fall einer Krankheit grundsätzlich durch ein Zeugnis eines Landgerichtsarztes oder eines Gesundheitsamts, das in der Regel nicht später als am Prüfungstag ausgestellt sein darf. ²Der Prüfungsausschuß oder sein Vorsitzender kann festlegen, daß die Krankheit durch das Zeugnis eines bestimmten (Vertrauensarztes) oder eines anderen Arztes nachgewiesen wird. ³In offensichtlichen Fällen kann auf die Vorlage eines Zeugnisses verzichtet werden.“

- b) die bisherigen Sätze 2 bis 4 werden Sätze 4 bis 6.
8. § 33 Abs. 2 erhält folgende Fassung:
- „(2) ¹Die schriftlichen Aufgaben sind aus folgenden Gebieten zu fertigen:
1. Zivil- und Zivilprozeßrecht, einschließlich des Vollstreckungswesens,
 2. Straf- und Strafprozeßrecht, einschließlich des Vollstreckungswesens,
 3. Freiwillige Gerichtsbarkeit, unter besonderer Berücksichtigung der Geschäftsstellentätigkeit,
 4. Protokollführung,
 5. Kostenrecht,
 6. Aktenordnung, Geschäftsstellentätigkeit sowie Haushalts- und Kassenwesen.
- ²Eine Aufgabe kann auch mehrere der in Satz 1 Nrn. 1 bis 6 genannten Gebiete umfassen.“
9. § 37 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
- a) Satz 1 erhält folgende Fassung:
- „Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf die Gebiete des § 33 Abs. 2, das staatsbürgerliche Wissen, das Beamtenrecht und die Allgemeinbildung.“,
- b) es wird folgender neue Satz 2 eingefügt:
- „Die in § 38 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 genannten Gebiete werden jeweils von einem Mitglied der Prüfungskommission mit der etwa gleichen Prüfungszeit geprüft.“,
- c) der bisherige Satz 2 wird Satz 3.
10. § 38 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
- „(1) In der mündlichen Prüfung sind drei Einzelnoten unter Verwendung der Notenstufen des § 35 zu erteilen, und zwar
1. eine Note für die Gebiete des § 33 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 bis 3,
 2. eine Note für die Gebiete des § 33 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 4 bis 6,
 3. eine Note für das staatsbürgerliche Wissen, das Beamtenrecht und die Allgemeinbildung.“
11. In § 39 Abs. 2 wird „§ 26 Abs. 5“ durch „§ 28 Abs. 6“ ersetzt.
12. In § 46 Abs. 1 Satz 1 wird „§ 34“ durch „§ 38“ ersetzt.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 15. August 1985 in Kraft.

(2) ¹Für die vor dem Inkrafttreten eingestellten Anwärter gelten die bisherigen Vorschriften. ²Für Anwärter, die infolge der Verlängerung des Vorbereitungsdienstes einem Jahrgang zugewiesen werden, der nach dem 15. August 1985 eingestellt worden ist, gelten die Vorschriften dieser Verordnung.

München, den 10. Juli 1985

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

August R. L a n g , Staatsminister